Das Abonnement beträgt:
1½ Rt. für ¼ Jahr in Berlin,
1⅞ „ „ „ „ incl. Post-
zuschlag in allen Theilen der Monarchie.
Einzelne Nummern werden mit
2½ Sgr. berechnet.
Dies Blatt erscheint täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage.

Neue Preußische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland!

Alle Postanstalten nehmen Bestellung
auf dieses Blatt an, für Berlin die
Expedition der Neuen Preußischen
Zeitung:
Deßauer-Straße № 5.
Insertions-Gebühr für den Raum einer
viergespaltenen Petitzeile 2 Sgr.

Nr. 90. Berlin, Sonnabend, den 20. April **1850.**

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

Dem General-Adjutanten, General-Lieutenant von Neumann, den Rothen Adler-Orden erster Klasse mit Eichenlaub und Brillanten; und

Dem Premier-Lieutenant Grafen von der Schulenburg vom 2ten Garde-Regiment zu Fuß die Erlaubniß zur Anlegung des von dem regierenden Herzoge von Parma Königl. Hoheit ihm verliehenen St. Georgen-Ordens Kaiser Konstantin's erster Klasse zu ertheilen; so wie

Dem Geheimen Regierungs-Rathe und Landrathe a. D. Friedrich von Coels die Kammerherrn-Würde zu verleihen.

Das 21ste Stück der Gesetzsammlung, welches heute ausgegeben wird, enthält unter

Nr. 3263. das Gesetz, betreffend die Vereinigung der Fürstenthümer Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen mit dem Preußischen Staatsgebiete, vom 12ten März 1850; unter

„ 3264. Den Vertrag zwischen Seiner Majestät dem Könige von Preußen und Ihren Durchlauchten, den regierenden Fürsten von Hohenzollern-Hechingen und von Hohenzollern-Sigmaringen wegen Abtretung der Fürstenthümer Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen, vom 7ten December 1849; unter

„ 3265. Das Patent wegen Besitznahme des Fürstenthums Hohenzollern-Hechingen und des Fürstenthums Hohenzollern-Sigmaringen, vom 12. März 1850; unter

„ 3266. Den Allerhöchsten Erlaß vom 11ten Februar 1850, betreffend die Verleihung des Rechts zur Erhebung des Chausseegeldes an die Actiengesellschaft für den Bau der Chaussee von Gröningen über Groß-Oschersleben nach Neindorf; und unter

„ 3267. Den Allerhöchsten Erlaß vom 25. Februar 1850, die Errichtung eines Gewerbegerichts für den Gemeinde-Bezirk der Stadt Schwedt betreffend.

Berlin, den 20. April 1850.

Debits-Comtoir der Gesetzsammlung.

Angekommen: Der General-Major und Kommandant von Berlin, von Bonin, von Kiel.

Abgereist: Der Minister-Präsident, Graf von Brandenburg, nach Erfurt.

Der General-Major und Kommandeur der 9ten Division, von Thümen, nach Hirschberg.

Deutschland.

☐ **Berlin**, 19. April. Die Deutsche Reform bringt eine Kritik des gestern von uns besprochenen hochtrabenden Artikels der Constit. Ztg. Das Blatt hebt die gehässige und perfide Weise hervor, in welcher die Constit. Ztg. nach ihren kürzlichen Schmeicheleien sich plötzlich wieder gegen die Politik des Ministeriums ausspricht, und entgegnet auf die Forderung dieser Zeitung, daß die jüngsten Artikel der Deutschen Reform über die Sachlage in Erfurt öffentlich und ausdrücklich desavouirt würden: eine solche Desavouirung sei nicht zu erwarten.

Die Constitutionelle Zeitung ihrerseits häuft heute Alles, was sie an Gift und Galle besitzt, zusammen, um sich gegen die gestrigen Ausführungen der Deutschen Reform zu erklären und die zuwartende Stellung, welche das Ministerium vorläufig den Erfurter Berathungen gegenüber eingenommen hat, mit allen Mitteln zu verdächtigen. „Rechtsanspruch" und „verpfändete Ehre" sind die Schlagworte, womit sie die revolutionairen Forderungen des Gothaer Liberalismus geltend macht.

Die Vossische und die Spenersche Zeitung beschäftigen sich mit dem Reichsgericht. Das letztere Blatt meint: die äußerste Rechte habe in Erfurt das Reichsgericht, „dieses wesentliche Fundament bundesstaatlicher Organisation", zu erschüttern gesucht. Der Plan sei nicht gelungen. Das Institut, welches jetzt beschlossen, erwarte seine Ausbildung von der Zukunft; es sei ein Produkt beruhigter und auf das rechte Maß zurückgeführter Zustände. Darin habe aber die äußerste Rechte einigen Grund zu ihren Bedenken, daß in den beiden letzten Jahren die Wirksamkeit eines Verfassungsgerichts entweder den naturgemäßen Prozeß der Staatenentwicklung durchschnitten hätte, oder selbst gänzlich gelähmt gewesen wäre.

So viel nun aus den Erfurter Verhandlungen zu sehen, waren diese Bedenken nicht gerade der Grund des Widerstandes der äußersten Rechten gegen das Reichsgericht. Vielmehr wollte man, und das mit vollem Rechte, die fürstliche Autorität nicht durch souveraine Aussprüche „gesinnungstüchtiger" Unterthanen, die mit dem Zuge der „liberalen" Zeitströmungen gehen, untergraben lassen und der rabulistischen Kammer-Opposition keine neue Waffe geben, durch willkürlich hervorgerufene Rechtsstreitigkeiten Unruhe und Verwirrung in den Ländern anzuregen. Außerdem trägt das Erfurter Reichsgericht, welches durch und durch eine Erbschaft der Frankfurter Versammlung ist, gerade nicht viel Spuren einer „beruhigten und gemäßigten" Zeit an sich. Das Institut ist weiter nichts als ein Produkt der Revolution, und diese Bedeutung wird auch seine Wirksamkeit nie verleugnen.

Die Vossische Zeitung bläst aus derselben „zeitgemäßen" Tonart. Sie ist sehr aufgebracht darüber, daß die Rechte des Volkshauses namentlich auch bei der Berathung über das Reichs-Gericht das Ehren-Interesse der Fürsten gegen „die objectiven Staatsoperationen des Constitutionalismus aufzuregen" suche. In der That eine sehr treffende Bezeichnung der „constitutionellen Manipulation", die Fürsten als Persönlichkeiten zu beseitigen und sie durch die Verantwortlichkeit ihrer Diener zu decken, d. h. von jeder persönlichen Ausübung der Staatsgewalt zu verdrängen.

Der Staatsanzeiger und die Deutsche Reform bringen heute einen Artikel über die Beeidigungsfrage der katholischen Geistlichen, welche zugleich Staatsdiener sind. Wir werden darauf zurückkommen.

Das Interim ist gefallen: der Dualismus in der obersten deutschen Bundesbehörde war keiner deutschen Macht angenehm, nicht Preußen, nicht Oesterreich, nicht Baiern; was an seine Stelle kommen wird, wird wohl erst Gegenstand von Unterhandlungen sein, wenn das Erfurter Werk seinen Austrag geliefert haben wird, und dürfte bis dahin eine Verlängerung des Interim auf einige Wochen beliebt werden.

Mehrere der Berliner Zeitungen bringen die Nachricht, Herr v. Balan habe ausgeschlagen nach Rio Janeiro zu gehen, und werde wohl den Gesandtschaftsposten in Hannover antreten. Wer diese Nachricht bringt, weiß von den einschlagenden Verhältnissen gar nichts. Uebrigens dürfte bei den einmal obwaltenden Verhältnissen der Posten in Hannover wenigstens so lange unbesetzt bleiben, bis sich zeigen wird, welchen Ausgang das Unionswerk nimmt; doch ist nicht unmöglich, daß, falls dieser Ausgang noch lange auf sich warten lassen sollte, zur Wahrung der diplomatischen Geschäfte ein Mann nach Hannover gesandt wird, der geeignet ist, die gegenseitigen Beziehungen wieder wärmer zu machen.

Se. Excellenz der Minister des Innern, Freiherr v. Manteuffel, ist heute früh von Erfurt zurückgekehrt, um für einige Tage hier zu verbleiben.

Bezeichnend für die gegenwärtigen französischen Zustände ist es, daß bereits mehrere vornehme legitimistische Familien angekündigt haben, daß sie künftig ihren Aufenthalt hier nehmen würden. Zugleich erfahren wir aus guter Quelle, daß für französische Rechnung ungeheure Geldsummen bei der englischen Bank belegt worden sind.

Die Kunstgenossenschaften rüsten sich mit Eifer zur würdigen Feier des hundertjährigen Todestages von Sebastian Bach. — † 28. Juli 1750.

Zur Errichtung der in diesen Blättern bereits besprochenen Waisen-Anstalt für die sogenannten Typhus-Waisen in Oberschlesien soll ein Theil der pachtlos gewordenen Domainen Poppelau, Burtultau und Chaltowitz benutzt werden.

Die 2 reitenden Compagnieen des 6. Artillerie-Regiments sind nach Grottkau, der Stab und Stamm des 3. Bataillons 11. Landwehr-Regiments nach Münsterberg, der Stab des 4. Husaren-Regiments nach Oels und je eine Schwadron dieses Regiments nach Oels und Creutzburg verlegt.

Wie bereits gemeldet, hat der Minister Herr v. Ladenberg die im zweiten Wahlkreise auf ihn gefallene Wahl nicht angenommen, weil er von seinen früheren Wählern der Stadt Halle, des Saalkreises und der Kreise Delitzsch und Bitterfeld wieder gewählt worden ist. Es muß daher zu einer neuen Wahl geschritten werden, und diese ist auf Donnerstag den 25. April anberaumt.

Dem Vernehmen nach steht dem so häufig angefeindeten Executionswesen eine wohlthätige Aenderung bevor. Zu Executoren sollen ferner besser qualificirte, aber auch besser besoldete Individuen angestellt werden, und zwar in bestimmter Anzahl für einen Gerichtssprengel. Jedem Executionssucher, mit den Erkenntniß und der damit insinuirten Vollstreckungs-Ermächtigung in der Hand, steht frei aus diesen Executoren beliebig zu wählen.

Der Pommersche landschaftliche Credit-Verein hatte am Schluß des Johannistermins 1849 für 15,046,725 Thlr. Pfandbriefe. Hiervon wurden 10,625 Thlr abgelöst und für 39,700 Thlr. neu ausgefertigt, so daß am Schlusse des Weihnachtstermins überhaupt 15,075,800 Thlr. Pfandbriefe und darunter 3925 Thlr. noch nicht intabulirte vorhanden, also wirklich im Cours befindlich für 15,071,875 Thlr. waren. Was das Vermögen des Credit-Systems am Schluß des letztgedachten Termins betrifft, so betrugen die Activa 702,570 Thlr. 9 Sgr. 5 Pf., die Passiva 27,240 Thlr. 26 Sgr. 7 Pf., so daß an reinem Vermögen 675,329 Thlr. 12 Sgr. 10 Pf. übrig bleiben.

(Stadtverordneten-Versammlung.) Sitzung vom 18. April. Der Verordnete Prof. Gneist stellt folgenden Antrag: „Die Versammlung wolle beschließen: zur Abhülfe der schon jetzt laut gewordenen Beschwerden, den Magistrat zu ersuchen, schleunigst durch eine öffentliche Bekanntmachung sich über den Zweck der Vermögens-Angaben auszusprechen, und das Publikum davon in Kenntniß zu setzen, daß kein Zwang in der Ausfüllung der Rubrik „reines Einkommen" stattfinde. Motive: Auf Anordnung des Magistrats circuliren die Listen, in welchen die Einwohner zur Abgabe ihres Einkommens aufgefordert werden. Die neue Gemeinde-Ordnung scheint nur Veranlassung zu geben zu der Frage, ob ein Einwohner mehr als 300 Thlr. Einkommen hat; jedenfalls giebt die Gemeinde-Ordnung den städtischen Behörden kein Recht, eine Declaration des Einkommens zu verlangen. Zu besonderen Beschwerden giebt aber die Form der Listen Veranlassung. Durch Listen, welche in den Häusern offen umlaufen, wird das Publikum jedenfalls zu unwahren Angaben über seine Verhältnisse verleitet. Noch schlimmer wird die Sache dann, wenn durch eine Abschätzungs-Commission ein Einwohner Lügen gestraft wird." Der Antrag veranlaßte eine lange und lebhafte Debatte; wie viel aber auch zu seinen Gunsten vorgebracht wurde, die Versammlung verwarf ihn, weil die gesetzliche Befugniß des Magistrats in dieser Angelegenheit anerkannt werden mußte. — Die Versammlung autorisirte den Vorsteher, die Vorschläge und Protokolle der Deputation zur Deckung des diesjährigen Deficits der Stadt-Hauptkasse drucken und an die Mitglieder vertheilen zu lassen, worauf die Berathung über diesen hochwichtigen Gegenstand beginnen soll. — Zur Erledigung kam ferner die in voriger Sitzung wegen Unvollzähligkeit der Versammlung vertagte Angelegenheit wegen Errichtung einer Kommunalbeamten- und Lehrer-Wittwenkasse. Die Versammlung beschloß, den Gegenstand zu nochmaliger Berathung an eine Deputation zurückgehen zu lassen, und daß sie selber nichts gegen Errichtung einer solchen Kasse einzuwenden habe, wenn es nur der Deputation gelingt, ein zweckmäßiges Project aufzustellen. Noch beschloß die Versammlung die Anstellung einer Klage gegen das Kollegium der St. Hedwigskirche wegen der bekannten Besitzergreifung der Hinterlassenschaft einer Almosenempfängerin.

Berlin, 17. April. An den General-Major von Bonin ist folgende Allerhöchste Kabinets-Ordre ergangen:

Ich will Sie hierdurch zum Kommandanten von Berlin ernennen und trage Ihnen auf, sich sogleich auf Ihren neuen Posten zu begeben. Zugleich haben Sie sämmtlichen, zur Dienstleistung bei den schleswig-holsteinschen Truppen kommandirten und respektive unter Vorbehalt des Rücktritts bis zum 1. Oktober dieses Jahres dorthin beurlaubten preußischen Offizieren Meinen Befehl bekannt zu machen, daß sie unverzüglich aus den dortigen Dienstverhältnissen auszutreten und sich zu ihren Truppentheilen und respektive in ihre Garnisonen zurückzubegeben haben.

Charlottenburg, den 11. April 1850.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(gegengez.) von Stockhausen.

An den Genal-Major von Bonin zu Kiel.

§? **Stettin**, den 18. April. [Wahlresultate.] Einen treffenden Beleg, wie wenig das gegenwärtige Kopfzahlwahlsystem im Stande ist, eine richtige Vertretung zu Stande zu bringen, gewährt die Zusammenstellung der verschiedenen Abgeordneten Stettins, wie sie nach einander ihre Plätze in den betreffenden Kammern eingenommen haben. In der National-Versammlung traurigen Andenkens saßen v. Puttkammer und Dr. Zachariae auf der Linken; in der aufgelösten zweiten Kammer Justiz-Rath Krause und v. Ramin auf der Rechten; in der darauf folgenden Kaufmann Wegener und Gutsbesitzer Koegel im Centrum, und der gegenwärtige Abgeordnete für Erfurt, Schuldirector Scheibert, stimmt als ächter Schwarz-Weißer mit der äußersten Rechten. Welcher Schluß wird sich nun daraus auf die Gesinnung der Bewohner unseres Wahlkreises ziehen lassen? — Für einen constitutionellen Rechnenmeister bietet dies freilich keine Schwierigkeit dar; er gebraucht die Alligations-Regel, addirt 3 Rechts, 2 Centrum, 2 Links, macht 7, dividirt durch 3, Facit: Centrum mit einem Bruchtheil Rechts, und hat sonach die unumstößliche Gewißheit, daß dies die vorherrschende politische Richtung Stettins ist. — Ob's zutrifft?

N. **Breslau**, 17. April. [Vermischte Notizen.] Die Verurtheilung des hiesigen Buchhändlers Schmeidler durch das Berliner Schwurgericht wird von der demokratischen Presse dahin ausgebeutet, daß fortan ein Sortimentshändler gezwungen sei, alle ihm zugesendeten Bücher, Brochüren, Zeitungen ɪc. vor dem Verkauf nicht etwa blos selbst zu lesen, sondern durch scharfsinnige Juristen, am Ende noch durch mehrere Staatsanwälte, prüfen zu lassen. Unsere solideren Buchhändler sind mit der Komödie, die hierbei gespielt wird, ganz wohl bekannt und wissen recht gut, daß es sich nicht um versteckte und unvermeidliche Versehen, sondern um die speculationssüchtige Schaustellung anerkannter Schandblätter handelt. Die kennt jeder Buchhändler, am besten aber ein solcher, der, wie S., seine Zukunft vorzugsweise auf den Vertrieb unserer Schmachliteratur zu basiren sucht.

Der Prozeß unseres Maiaufruhrs wird nächsten Monat unter dem Vorsitz des Appell.-Ger.-Raths Greiff vor sich gehen. Der Angeklagten sind mehr als 80, der Zeugen gegen 500.

Der vielberufene hiesige „constitutionelle Centralverein" hat sich in Folge des Vereinsgesetzes, offenbar nicht ohne besondere Absicht, in einen „Breslauer constitutionellen Wahlverein" umgetauft. Das Blatt dieser „Eigentlichen" glaubt sich heute schon am Ziele und bejubelt die Erfurter Affaire folgendermaßen: „Die Regierung hat sich eine Niederlage zugezogen, aus der es keinen andern Ausweg giebt, als vollständige Nachgiebigkeit gegen die Versammlung." Das nennt man hier Patriotismus. — Ueber die Werke und Abstimmungen unseres „uneigentlichen" Abgeordneten (Wissowa) lebt man hier in völliger Unwissenheit. Die Schlesische Zeitung wird am besten wissen, warum?

Unsere Handelskammer hat als Wahlmann für die Abgeordneten zur Zolltarif-Conferenz in Berlin ihren eigenen Präsidenten, Theodor Molinari, und als Sachverständigen für die Berathungen über ein neues Handelsgesetzbuch Herrn Milde aufgestellt.

Magdeburg, 17. April. Der frühere Abgeordnete zur Nationalversammlung, Bürgermeister Schneider in Schönebeck, stand heute vor den Geschworenen, angeklagt der Aufreizung zu Unruhen und Beleidigung der Minister. Der Angeklagte wurde freigesprochen.

Erfurt, 18. April. Die Redaction ist von mehreren Lesern gebeten worden, ihnen die Reden des Abg. von Bismark-Schönhausen vom 15. d. Mts. über die Veränderung des Ausdruckes „Reich" in „Union" und über den §. 67. u. s. w. wörtlich mitzutheilen. Wir entsprechen hiermit diesem Wunsche.

Abg. v. Bismark-Schönhausen: Die Additional-Akte selbst erkennt bereits das Ungeeignete der Anwendung des Ausdrucks „Reich" auf einen Verband von Staaten, der noch nicht die Hälfte von Deutschland umfaßt, vollständig an. Ich halte es indeß für nothwendig, daß wir es nicht bei dieser Anerkennung belassen, sondern daß wir auch überall, wo diese Ausdrücke vorkommen, sie wirklich durch die bessern ersetzen. Lassen wir diese Ausdrücke stehen, so leidet die Sache an dem Schlimmsten, woran eine politische Maßregel überhaupt leiden kann: sie wird ridikül, um mich eines Ausdruckes zu bedienen, welchem das verehrte Mitglied, welches sich neulich durch die Rede seines Vorgängers in die Lage des Schülers im Faust versetzt sah, hier das parlamentarische Bürgerrecht verliehen hat. (Heiterkeit, Bravo auf der Rechten.) Ich fürchte, daß der Eindruck der Heiterkeit noch dadurch verstärkt werden könnte, wenn wider Erwarten, obgleich die Versammlung in ihrem Beschlusse der Verfassung ihre volle und unbedingte Genehmigung ertheilt hat, dennoch von den jetzt verbundenen Staaten noch mehrere das Netz, oder um mit dem Abg. für Crefeld zu sprechen, das „um sie geschlungene Band Deutscher Bruderliebe" zerreißen sollten (Heiterkeit auf der Rechten), wenn dennoch beispielsweise in den beiden Hessen es der constitutionellen Staatsmaschine trotz der höchsten Anspannung der etwa noch nicht erkalteten Frankfurter Dämpfe nicht gelänge, das Ventil fürstlichen Widerspruchs in die Luft zu sprengen. In diesem Falle, wie gesagt, würde das Lächerliche dieser Ausdrücke erhöht werden. Ich erinnere Sie hier an die Aeußerung, die ein ausgezeichneter Redner vor einiger Zeit vor mir an dieser Stelle that, indem er uns ins Gedächtniß rief, daß gerade vor 1000 Jahren hier in dieser Stadt ein Reichstag stattgefunden hat. Die Analogie wird dadurch noch vollständiger, daß dieser Tag nicht ein Reichstag, sondern nur ein Landtag war, ein Landtag, über dessen Zweck in der alten Chronik von Spannenberg Fol. 93, wenn ich nicht irre, buchstäblich zu lesen ist, „daß der König Ludwig ihn abhielt, um der Schinderei der Fürsprecher und Zungendrescher, deren Unwesen damals in Deutschland unerträglich gewesen sei, ein Ende zu machen." (Große Heiterkeit und Bravo auf der Rechten.) Sollte die Versammlung dieses Jahr hier ein ähnliches Resultat haben, dann werde ich glauben, daß die Raben vom Kyffhäuser vertrieben, und daß der Deutschen Einheit nahe herbeigekommen ist.

Abg. v. Bismark-Schönhausen: Ich habe mit meinen Freunden diesen Antrag aus zwei verschiedenen Motiven geglaubt stellen zu müssen. Wenn es doch einmal geschehen soll, daß wir auf den Leib der deutschen Einheit den fadenscheinigen Rock einer französischen Konstitution ziehen, so wird das an und für sich Schwerfällige des Mechanismus einer solchen Konstitution noch erschwert durch den Zuwachs eines neuen nach Majorität entscheidenden und unauflöslichen gesetzgebenden Körpers in Gestalt eines Fürstenraths, namentlich, wenn man bedenkt, daß neben den drei, durch Majorität entscheidenden Körpern der Union, ich weiß nicht genau, ob 40 oder 50 Kammern, mit vielleicht mehreren tausend Abgeordneten in Deutschland in Wirksamkeit bleiben würden. Diese eine staatsrechtliche Seite des Vorschlags wird nach mir einer meiner politischen Freunde näher ins Auge fassen. Ich finde zweitens in diesem Vorschlage eine Erledigung eines großen Theils der gewichtigen Gravamina, welche uns Preußen, oder wenigstens die mit mir gleichgesinnten Preußen, sagen lassen, wir wollen den Bundesstaat, aber lieber, als um den Preis dieser Verfassung, wollen wir ihn gar nicht. Der verehrte Herr Berichterstatter war in derselben Sache, die uns hier in Erfurt versammelt hat, Berichterstatter in der ersten preußischen Kammer. Er hat damals in seinem Bericht die Ausstellungen, die sich preußischer Seits gegen die Verfassung machen ließen, in ein helles Licht gestellt; er hat aber den Mitgliedern der ersten Kammer gerathen, nicht zu eifersüchtig in der Ueberwachung der Interessen Preußens zu sein, da dies die Aufgabe der in Erfurt anwesenden preußischen Deputirten sein werde. (Bravo auf der Rechten, Stimmen auf der Linken: sehr richtig!) Dieses Vertrauen war die Grundlage der großen Majoritäten der beiden preußischen Kammern für das Erfurter Projekt, auf welche der verehrte Abgeordnete, der, ich weiß seinen Wahlkreis nicht, ein Preuße ist und Mecklenburg-Schwerin vertritt (Beseler), hier vorher verwies. Können wir diesem Vertrauen nach Dem, was vorgestern geschehen ist, nicht mehr in der Art, wie unsere Landsleute gehofft haben, entsprechen, so würde mir dies, in doppelter Beziehung, für Preußen sowohl, wie für die Verfassung, leid thun. Ich würde dann glauben, daß dieser hohe Rath der besonnensten aller europäischen Nationen, oder wenigstens die Preußen in ihm gehandelt hätten, wie ein hitziger Fuchsjäger, der über eine Mauer in einen Sumpf setzt, ohne zu wissen, wie er und sein Pferd wieder herauskommen werden. Mir wenigstens sind die Mittel, die uns aus der üblen Lage helfen sollen, in welche wir uns mit offenen Augen begeben haben, nicht anschaulich, und es ist gar keine Wahrscheinlichkeit, daß die nöthigen Einwilligungen zu einer Aenderung der Zusammensetzung des Fürsten- und Staatenhauses zu erreichen sein werden, wenn wir nicht jetzt schon einen Antrag, wie den gegenwärtigen, zur Annahme empfehlen. Gelingt es uns nicht, solche Aenderungen durchzusetzen, so werden sich die, welche Preußen hier vertreten und namentlich die preußischen Stammlande, wenn sie nach Hause kommen, in der Lage befinden, ihren Wählern sagen zu müssen: Wir haben eingewilligt, daß unser König in seinem eigenen Lande Preußen mediatisirt werde; wir haben eingewilligt, daß sein Wille dem Willen derjenigen Kammer untergeordnet werde, welche vermöge des bei unsern Nachbarn geltenden aufrichtigen Konstitutionalismus über die Stimmen im Staatenhause und Fürstenrathe zu disponiren haben werden. Sie werden ihren Landsleuten sagen müssen, daß im Fürstenrathe nach der augenblicklichen Lage der Stimmen das Großherzogthum Baden, das heißt dessen Kammern, genau so viel zu sagen haben wie der König von Preußen, und daß dieser Fürstenrath über Preußen so gut regiert als über die übrigen verbündeten Länder. Sie werden ihnen sagen müssen, daß die Stimmen im Fürstenrathe, welche in dem Verfassungsentwurf mit den Nr. 3, 4 und 5 bezeichnet sind, und zusammen etwas über 3 Millionen Unterthanen vertreten, die Majorität jederzeit in ihrer Gewalt haben und den König von Preußen nöthigen können, jedem ihrer Beschlüsse wider seinen Willen beizutreten und dieselben auszuführen, so daß dieser mächtige Monarch in seinem eigenen Lande der Exekutor eines fremden Willens werden soll, der vielleicht mit dem von ihm selbst ausgesprochenen in Widerspruch steht. Sie werden ihren Landsleuten ferner sagen müssen, daß unsere Nachbarn in Zukunft über uns regieren werden, daß in dem Fürstenrath eine Million Badener so schwer wiegen, wie 16 Millionen Preußen; daß im Staatenhause vier Preußen nöthig sind, um den Einfluß eines Badeners resp. Nassauers aufzuwiegen; Sie werden ihnen sagen müssen, daß unter den 21 Millionen der Bevölkerung dieses Bundesstaats 5 Millionen politische Privilegirte und 16 Millionen politisch minder Berechtigte sein werden (Bravo auf der Rechten), und daß diese 16 Millionen die Preußen sind, und das zu einer Zeit, wo das preußische Volk von der Ansicht beherrscht ist, daß die Anstrengungen, die es gemacht hat, um sich selbst aus dem Elende der Revolution aufzuraffen und seinen Nachbarn eine theils materielle theils moralische Stütze zu gewähren, einen besonderen Anspruch auf politische Berechtigung gewähren (Bravo auf der Rechten), in einem Augenblick, wo die preußische Armee es noch nicht vergessen hat, für welche Handlungen ihr diejenigen in der preußischen Kammer ihren Dank votirten, die nicht ganz ein Jahr früher auf Ausführung des Steinschen Antrags bestanden hatten (Bravo auf der Rechten). Meine Herren! Es ist mir ein schmerzliches Gefühl gewesen, hier Preußen zu sehen (Bravo auf der Rechten) und nicht nur nominelle Preußen, — die dieser Verfassung anhängen, die diese Verfassung mit Wärme vertheidigt haben, es ist mir — und so würde es Tausenden und aber Tausenden meiner Landsleute gewesen sein — ein demüthigendes Gefühl gewesen, mir gegenüber die Vertreter von Fürsten, die ich in ihrem Rechtskreise ehre, die aber nicht meine Landesherren sind, mit obrigkeitlicher Gewalt bekleidet zu sehen, ein Gefühl, dessen Bitterkeit bei Eröffnung dieser Versammlung dadurch nicht gemindert wurde, daß ich die Sitze, auf denen wir tagen, mit Farben geschmückt sah, die nie die Farben des deutschen Reiches gewesen sind (Unruhe auf der Linken; Bravo auf der Rechten), wohl aber seit zwei Jahren die Farbe des Aufruhrs und der Barrikaden! (Beifall auf der Rechten.) Farben, die in meinem Vaterlande neben dem Demokraten nur der Soldat in trauerndem Gehorsam trägt (Beifall auf der Rechten). Meine Herren, wenn Sie dem preußischen, dem altpreußischen Geiste, nennen Sie ihn stockpreußisch, wenn Sie wollen, nicht mehr Konzessionen machen als bis jetzt in dieser Verfassung geschehen ist, dann glaube ich nicht an eine Verwirklichung derselben, und wenn Sie sich bemühen, diese Verfassung diesem preußischen Geiste aufzuzwängen, so werden Sie in ihm einen Bucephalus finden, der den gewohnten Reiter und Herrn mit muthiger Freude trägt, den unberufenen Sonntagsreiter aber mit sammt seiner schwarz-roth-goldenen Zäumung auf den Sand setzt (Lauter Beifall auf der Rechten). Einen Trost gegen diese Eventualitäten finde ich indessen in dem festen Glauben, es wird nicht lange Zeit vergehen, so werden die Parteien zu dieser Verfassung stehen, wie in einer Lafontaine'schen Fabel zwei Aerzte zu dem Patienten, dessen Leiche sie verlassen: — Der Eine sagt: „er ist todt, ich habe es gleich gesagt"; der Andere: „hätte er meinen Rath befolgt, so würde er noch leben." (Lebhaftes Bravo auf der Rechten.)

v. V.* **Erfurt**, 16. April. [Skizzen.] Bei der Sitzung des Parlaments am 15ten hat sich ein kleiner Zwischenfall zugetragen, der hin und wieder vielleicht vergrößernd besprochen wurde. Während der Sitzung rief ein Soldat vom 31. Inf.-Regmt. von der Tribüne herunter: Ich bitte um das Wort! so daß der Präsident die Entfernung des Mannes veranlassen mußte. Während derselbe unter großer Aufregung des Hauses entfernt wurde, soll er noch die Worte gesprochen haben: „Ist's Gottes Werk, so wird's bestehen, ist's Menschenwerk, so wird's untergehen, und wenn ihr da unten nicht fertig werden könnt, wir wollen es schon in's Gleiche bringen." Er wurde vor seine Behörde, den zweiten Commandanten, geführt, von dem er sich ruhig und willig über die Unschicklichkeit seines Benehmens belehren ließ, doch aber mit der Bemerkung schloß, man habe ihn da oben schlecht behandelt. Er war so glücklich gewesen, ein Zutrittsbillet zu dem Volkshause von einer Dame zu bekommen; denn ein Glück ist es, wenn man zu einem solchen gelangt, und über die Schwierigkeit, Eintrittskarten zu erhalten, wird vielseitig geklagt. Ein junger Mann hatte hierin auch ein besonderes Glück. Er meldete sich mit der Bitte um ein Billet bei dem Präsidenten des Volkshauses selbst, wurde aber abgewiesen. Als er mißmüthig wieder fortging, kam ihm der Bediente des Herrn Präsidenten nachgesprungen und bot ihm ein Billet gegen ein Douceur an, worauf der junge Mann mit Vergnügen einging.

Die Belebung Erfurts durch das Parlament tritt jetzt wieder mehr hervor, als in den kalten Ostertagen. Vorzüglich merkt man sie an schönen sonnigen Tagen außerhalb der Stadt auf den Promenaden und an benachbarten Lustorten. Hie und da sieht man einen Trupp stattlicher fremder Männer gehen, und wer in einer kleinen Universitätsstadt studirt hat, wird gar angenehm an die Umgebung einer solchen erinnert, wo man auch, wie etwa in der schönen Gegend von Jena, die Natur durch die spazierenden Gruppen der Studirenden belebt sieht. —

Man erzählt sich Folgendes über eine Deputirtenreise nach Erfurt. Der Premier-Minister eines kleinen benachbarten Fürstenthums war auch als Abgeordneter zum Erfurter Parlament gewählt. Er wollte sich zu Wagen dahin begeben und bestellte sich zwei Postpferde. Der Postmeister stellte ihm die Nothwendigkeit vor, vier Pferde zu nehmen, worauf der Herr Minister auch einging, aber es wurde so eingerichtet, daß erst vor der Stadt dem zweispännigen Wagen noch zwei Pferde vorgelegt wurden. Ob Se. Excellenz dieses vielleicht aus Schonung gegen Gevatter Souverain in der Residenz so befohlen hat?

Unter allen den bescheidenen Verschönerungen, welche Erfurt durch das Parlament erhalten hat, ist vorzüglich eine neue bauliche Einrichtung des Postlokales hervorzuheben, durch welche nun das ansehnliche Postgebäude dieser Stadt noch verschönert ist. Dazu ist das Postpersonale bedeutend vermehrt und die Einrichtungen sind großstädtische geworden, wie denn schön polirte Briefkasten am Posthause selbst und in mehreren Gegenden der Stadt angebracht sind. Man darf, wenn man von der Erfurter Post spricht, die vortreffliche patriotische Haltung nicht verschweigen, welche die Beamten derselben, bis auf ein einziges Individuum, welches jetzt versetzt ist, in der traurigen Zeit Erfurts gezeigt haben. Jetzt hört man freilich unter ihnen auch die Klage über die rückwirkende Kraft des neuen Gesetzes, welches ihnen bei etwanigen Avancements neue Prüfungen auferlegt.

v. V. **Erfurt**, den 18. April. [Skizzen.] Ein braver Erfurter ließ gestern folgende Klage hören: Auch ich war im Parlament und habe unter anderm mit großer Aufmerksamkeit die Rede des Abgeordneten Dr. Wantrup über kirchliche Verhältnisse gehört. Mir wurde das Herz dabei warm, und Männer, die um mich her standen, hatten feuchte Augen. Auf vielen Gesichtern der linken Seite aber sah ich bei dieser Verhandlung heiliger Dinge hohnlachende Mienen. Das wird eine schöne Einheit geben!

Komisch war es, nach der Aussage von Augenzeugen, wie man dem preußischen Soldaten, der im Parlament einreden wollte, beim Herausführen desselben, ängstlich die Hand auf den Mund legte. Das ließ er sich freilich gefallen, obgleich er zu seinem Vorgesetzten gesagt hat, man habe ihn unanständig behandelt. Hoffentlich wird er es wohl anders machen, wenn man ihm die Hand an die Degenscheide legen will.

In der Versammlung des Erfurter Treubundes wurde die Rede des Abgeordneten Stahl vorgetragen und diesem Abgeordneten ein lautes Hoch gebracht.

Erfurt, 18. April. (11. Sitzung des Volkshauses.) Eröffnung bald nach 10 Uhr. Präsident: Simson.

Völcker (Gießen) und Graf Bülow (Berlin) legen ihr Mandat nieder.

Die Diskussion der Grundrechte wird bei § 168 wieder aufgenommen. Derselbe lautet: Die Familienfideicommisse sind aufzuheben. Die Art und die Bedingungen der Aufhebung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten. Ueber die Familienfideicommisse der regierenden fürstlichen Häuser bleiben die Bestimmungen den Landesgesetzgebungen vorbehalten. — Der Ausschuß und der Antrag von Bodelschwingh beantragen Streichung des Paragraphen. Dagegen giebt ein von Henkel und Gen. eingebrachtes Amendement wesentlich die Bestimmungen der preuß. Verfassung wieder.

v. Massow. Fideicommiß bedeutet: der Treue anvertraut. Ich kenne keine bessere Empfehlung für diese Institute, als diese Bezeichnung, und freue mich besonders, daß gerade in diesem Punkte die andere Seite des Hauses sich auf unsern Boden gestellt hat.

v. Vincke (Bochum). Die Grundrechte haben den Zweck, die individuelle Freiheit zu sichern; hier aber wird im Gegentheile eins ihrer wichtigsten Rechte geradezu aufgehoben, das über das Eigenthum unbeschränkt zu verfügen. Steht es mir frei, dasselbe zu zerstören, so muß ich doch noch viel mehr zu einem für künftige Generationen ersprießlichen Zwecke darüber Anordnung treffen können (Bravo rechts). Man will das Grundeigenthum nicht gebunden haben. Aber die Freiheit der Person steht mir höher als die der todten Scholle, welche man ihr hier entgegenhält (Bravo rechts). Man führt gegen die Fideicommisse nationalökonomische, privatrechtliche und politische Gründe an. Was die ersteren betrifft, so ist hier die Antwort sehr zweifelhaft, je nach den Verhältnissen. Ich gebe zu, daß in industriellen Distrikten eine große Zerstückelung des Bodens wohlthätig ist, ganz anders aber verhält es sich in Ackerbaugegenden, wo jedes Grundstück groß genug sein muß, um durch seinen Ertrag allein eine Familie zu ernähren. Fragt man die geschichtliche Erfahrung in dieser Beziehung, so blicke man

nach Italien und überhaupt auf die Länder des römischen Rechts, welches, dem deutschen Rechte entgegen, die Zerstückelung begünstigt. — Was die privatrechtlichen Gründe betrifft, so beruft man sich auf die Gleichheit des Rechts in der Familie und auf die Streitigkeiten, die sich an Bevorzugungen dieser Art knüpfen. Aber ich glaube, daß ein vermeintliches Unrecht, welches man einer Verfügung seiner Vorfahren zuschreiben muß, keine Bitterkeit hervorruft (Bravo rechts), und es sind mir keine Petitionen jüngerer Söhne an die legislativen Versammlungen der letzten Jahre bekannt, in denen bekanntlich der Gegenstand so viel verhandelt worden ist. Ich glaube aber, daß, wenn irgendwo, hier der Grundsatz gilt, daß Wohlthaten nicht aufgedrungen werden sollen (Bravo rechts). Ueberdies ist die Lage des Fideicommißbesitzers nicht gerade so sehr beneidenswerth, da er als Haupt der Familie sich aller ihrer Mitglieder annehmen muß. Hierin gerade hat es seinen Grund, daß das Institut in den Familien der Besitzer selbst so geringe Antipathien findet. Am meisten legt man auf die politischen Gründe Gewicht, indem man glaubt, daß durch solche Einrichtungen die Standes-Vorurtheile genährt werden. Es widerspricht dies freilich der sehr verbreiteten Tendenz, Alles zu applaniren, als deren entschiedenen Gegner ich mich bekenne (Bravo rechts). Ich lasse aus politischen Gründen nie einen Eingriff in das gute Recht des Privatmannes zu (Bravo rechts). Ich bemerke ferner, daß nicht alle Verhältnisse eines Staates auf augenblickliche Interessen begründet sein dürfen. Es ist ein wichtiger Grund für die Fideicommisse, daß ihrer Stiftung das Streben zum Grunde liegt, auch für die kommende Generation zu sorgen. Der Staat selbst ist nichts Anderes als ein großes Fideicommiß, welches wir nicht blos in unserm Interesse auszubeuten, sondern den Nachkommen unversehrt zu überliefern haben. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Die Streichung vom §. 168. wird hierauf angenommen.

§. 175. giebt Garantien gegen willkürliche Versetzung der Richter. Er wird angenommen mit dem Zusatz: Auf die Versetzungen, welche durch Veränderungen in der Organisation der Gerichte oder ihrer Bezirke nöthig werden, finden diese Bestimmungen keine Anwendung. — §. 176. erhält auf den Antrag von Bodelschwingh folgende Fassung: Die Verhandlungen vor den erkennenden Gerichten in Civil- und Staatssachen sollen öffentlich sein. Die Oeffentlichkeit kann jedoch durch einen öffentlich zu verkündenden Beschluß des Gerichts ausgeschlossen werden, wenn sie der Ordnung oder den guten Sitten Gefahr droht. In andern Fällen kann die Oeffentlichkeit nur durch Gesetze beschränkt werden.

§. 177. handelt von den Geschwornengerichten. Von Fürst Reuß und Genossen ist ein Amendement eingebracht, welches ihre Competenz auf die bloße Entscheidung der Thatfrage beschränkt. Fürst Reuß motivirt dasselbe besonders durch die Erfahrung der letzten Zeiten, deren leichtfertige Freisprechungen eine Remedur unerläßlich machen.

Riesser gegen das Amendement. Sie vernichten geradezu die Bedeutung des Geschwornengerichts, wenn Sie in die Entscheidung über die Thatfrage nicht zugleich die der Rechtsfrage einschließen. Das Amendement wird verworfen.

§. 178 lautet: die bürgerliche Rechtspflege soll in Sachen besonderer Berufserfahrung durch Sachkundige, von den Berufsgenossen freigewählte Richter, geübt oder mitgeübt werden.

Carl beantragt Streichung und statt dessen: Gerichte zu besondern Klassen von Angelegenheiten, insbesondere Handels- und Gewerbegerichte, sollen im Wege der Gesetzgebung an den Orten errichtet werden, wo das Bedürfniß solche erfordert. Carl befürwortet sein Amendement. Beseler bekämpft es; es wird verworfen.

§. 180 lautet: die Verwaltungsrechtspflege hört auf; über alle Rechtsverletzungen entscheiden die Gerichte. Der Polizei steht keine Strafgerichtsbarkeit zu. Triest beantragt Streichung; die einzelnen Staaten müssen in solchen Dingen volle Freiheit behalten, besonders für Hannover würde dies Hinderniß des Eintritts sein. v. Vincke berichtigt dies; man trennt gerade gegenwärtig in Hannover Justiz und Administration vollständig. Der Antrag wird verworfen.

In §. 182 wird zu litt. a (jede Gemeinde hat als Grundrechte ihrer Verfassung die Wahl ihrer Vorsteher und Vertreter) hinzugefügt: die Betheiligung des Staates bei der Anstellung des ersteren bestimmen die Landesgesetze.

§. 186 gewährt den nicht deutsch redenden Volksstämmen des Reichs besondere Garantien für ihre volksthümliche Entwickelung. — Der Ausschuß beantragt Streichung. Angenommen.

Man gelangt zur Berathung des **Wahlgesetzes**. Wenige unbedeutende Aenderungen werden ohne Diskussion beschlossen.

Es folgt die Berathung der **Additionalacte**. Auch hier sind eine Anzahl Amendements eingebracht. Berichterstatter **Camphausen** wendet sich besonders gegen die von Stahl und Genossen eingebrachten, „welche schon gewisse bestimmte Grundlinien des Verhältnisses zu dem noch erst zu bildenden weiteren Bunde festzustellen suchen.“ Es ist sehr bedenklich der Zukunft in dieser Beziehung etwas zu vergeben. Es kann jener weitere Bund unmöglich anders zu Stande kommen, als mit Beistimmung des Parlaments, und wir haben nicht nöthig, hierin schon jetzt etwas zu anticipiren. — Ein anderes Amendement von **Fleck** erscheint dagegen wenigstens als unschädlich und kann als Abwehr angenommen werden gegen die Anklagen, als ob die Unionsverfassung irgend wie vom Boden des Rechtes weiche.

Reichensperger (Cöln) gegen Art. 2. der Additionalakte (das Verhältniß der Union zu den derselben nicht beitretenden deutschen Staaten bleibt der nähern gegenseitigen Verständigung vorbehalten); der Redner wünscht den Zusatz: so weit dasselbe nicht durch die Gesetze des Bundes bereits bestimmt ist. Er geht nochmals auf den Rechtspunkt ein. Man hat hier viel von dem neuen Rechtsboden gesprochen, auf dem die verbündeten Regierungen festgehalten werden sollen, aber mit der Verleugnung des alten Rechtsbodens von 1815 hat man sich es außerordentlich leicht gemacht. Der Redner critisirt die diesen Punkt betreffenden Deduktionen des Berichts, welche er für äußerst schwach hält. Selbst wenn die Lossagung Oesterreichs begründet wäre, so würden sie doch keineswegs den alten Bund lösen, denn es ist nur einer der Genossen. Man hätte gegen diesen angeblichen Bundesbruch doch dann dieselben Rechtsmittel in Bewegung setzen müssen, wie gegen Hannover und Sachsen. Aber es scheint, daß man mit Vergnügen die Thatsache des Ausscheidens Oesterreichs acceptirt hat, noch ehe dies daran gedacht hat, sie zu vollziehen. Wenn man auf diese Weise die europäischen Traktaten zerreißt, so sollte man doch daneben hier nicht advocatisch dem formellen Rechte zugleich die genügendste Bedeutung geben. — Der einzige Weg ist der einer gründlichen Revision der Bundesgesetzgebung, und hierzu bietet Oesterreich die Hand. Es hat vor Kurzem erst alle Vorschläge aufgenommen, welche unser König vor 1848 bekanntlich an das Wiener Kabinet richtete, und welche damals als Ideal einer Neugestaltung galten. Man soll ja den Conflikt mit Oesterreich und mit den Garanten der Wiener Verträge nicht zu leicht nehmen; ein Krieg kann die Folge sein, und wir würden alle Großmächte gegen uns haben. Man hätte hier nicht die Schweiz und ihren Trotz gegen die Diplomatie citiren sollen. Man ruft: dem Muthigen gehört die Welt! Aber Preußen hatte das vollste Recht, Neufchatel wieder zu nehmen, und doch hat es darauf verzichtet um keinen europäischen Krieg herbeizuführen, und ich lobe dies. Der Staatsmann muß die Dinge sehen wie sie wirklich sind, und ich bin auf diese Verhältnisse nach Außen ausführlicher eingegangen, weil man dieselben bis jetzt hier so außerordentlich cavalièrement behandelt hat. — Ich habe wahrlich nicht in preußenfeindlichem Sinne gesprochen, und auch nicht in confessionellem, obwohl man mir und meinen Freunden vorwirft, den Papst im österreichischen Kaiser zu sehen. Aber aus der Wurzel des Unrechts kann nur das Unheil erwachsen.

Häusser setzt den Ausführungen des vorigen Redners die Thatsachen entgegen, welche die Auflösung der alten Bundesverfassung im Jahre 1848 bekunden. Oesterreich den Prozeß zu machen, während es mit Aufbietung der letzten Kräfte um seine Wiedergeburt rang — es würde der Vorredner dies gewiß nicht deutsch gefunden haben. Des Sieges der Idee des Bundesstaats bin ich vollkommen gewiß; mein Wunsch ist nur, daß sie sofort, daß sie auf friedlichem Wege verwirklicht werde. Erdrücken wir die Schlangen, welche ihre Wiege umlagern. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

v. Bodelschwingh: Die 3 Regierungen, welche das Bündniß vom 26. Mai geschlossen, haben es nicht eher gethan, als bis sie selbst durch juristische Gutachten die volle Sicherheit erlangt, daß sie sich auf dem Rechtsboden befanden. Wenn ich nicht der gleichen Ansicht wäre, so würde ich nicht hierher gekommen sein, denn ich halte für meine Mission nur, das Werk, das uns übertragen ist, zu gründen, nicht zu zerstören. Doch ich will besonders das Amendement Fleck empfehlen. Preußen verdankt seine europäische Stellung allein seinem Heere. Es muß sein selbstständiges Recht des Krieges und Friedens, als europäische Großmacht, wie bisher behalten. Dasselbe Recht des Krieges und Friedens muß auch der Union für sich zustehen. Die Stahlschen Amendements treten hier beengend und fesselnd durch die Hinweisung auf den weiteren Bund entgegen. Hingegen ist das Amendement Fleck durchaus unverfänglich.

Hierauf wird die Discussion geschlossen.

Man kommt zur Abstimmung: es erfolgt der Namensaufruf über sämmtliche Stahlsche Amendements zur Additional-Acte zugleich. v. Radowitz und die preußischen Minister stimmen gegen dieselben; sie sind mit 192 gegen 21 Stimmen verworfen. Es folgt das Amendement Fleck zu Art. 5. der Additional-Acte, nach welchem derselbe lauten soll: Das der Union zustehende Recht des Krieges und Friedens (§. 10. der Reichsverfassung) übt dieselbe unbeschadet der Rechte und Pflichten aus, welche der Unionsgewalt aus dem Bunde von 1815 erwachsen. Es darf daher den außer der Union verbleibenden deutschen Staaten gegenüber nicht ausgeübt werden, vielmehr bleiben im Verhältniß zu diesen die den Landfrieden betreffenden Bestimmungen der Gesetzgebung des Bundes von 1815 in Kraft. Das Heerwesen der Union wird in einer Weise geordnet werden, welche sich der künftigen Gestaltung des deutschen Bundes anschließt. Das Amendement wird in namentlicher Abstimmung mit 191 gegen 9 Stimmen (der großdeutschen Partei) angenommen; 9 (der äußersten Rechten) haben sich der Abstimmung enthalten. Ein vom Ausschusse beantragter Zusatz, betreffend die transitorischen Bestimmungen bis zur Einführung der Verfassung, wird ohne Diskussion angenommen.

Es folgt die Discussion des Schlußsatzes des Amendements Bodelschwingh: Für den Fall, daß sämmtliche von dem Staatenhause und dem Volkshause übereinstimmend beschlossenen Abänderungsvorschläge oder einzelne derselben durch das Organ des Verwaltungsraths oder der Reichsregierung die Genehmigung der verbündeten Regierungen erhalten, ertheilt das Volkshaus hierdurch seine Zustimmung, daß die Verfassungs-Urkunde, das Wahlgesetz und die Additional-Acte nach Maßgabe der genehmigten Vorschläge abgeändert und in dieser abgeänderten Gestalt promulgirt werden, wobei das Volkshaus jedoch gleichzeitig damit einverstanden ist und erklärt, daß es, in soweit jene Vorschläge die gedachte Genehmigung ganz oder theilweise nicht erhalten, bei den durch die Zustimmung des Reichstages nach allen Seiten hin (rechtsverbindlich gewordenen) **festgestellten** Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde, des Wahlgesetzes und der Additional-Acte zu verbleiben habe.

Berichterstatter Camphausen vertheidigt den Schlußsatz und bemerkt, daß er und seine politischen Freunde die Worte „nach allen Seiten hin rechtsverbindlich gewordenen“ fallen lassen wollen, obwohl sie daran festhalten, daß für die Regierungen eine Rechtspflicht zur Ausführung der Verfassung vorhanden sei. Es hatten sich aber Bedenken erhoben, ob die Rechtsgültigkeit nicht an die Publikation durch die Regierungen gebunden sei, denen offenbar die Verkündung zustehe. Hasselbach erklärt, daß er dem Satze in dieser Form sich anschließe. (Bravo.) Stahl bemerkt, daß nach der Ansicht seiner Partei die Publikation zugleich die Sanction bedeute. (Bravo rechts.) Im Uebrigen findet er kein Bedenken gegen den ersten Theil der Fassung, da dieser die Verfassung nur überhaupt als annehmbar bezeichne und zu weiterer Unterhandlung über Abänderungen, die etwa von den Regierungen vorgeschlagen werden sollten, Raum läßt.

Alle übrigen Anträge werden hierauf zurückgezogen, und es bleiben nur der Antrag Hasselbach's (gleichlautend mit dem Bodelschwingh'schen, mit Ausnahme der oben bezeichneten Worte) und der Antrag v. Schlotheims (nur der erste Theil des Schlußsatzes bis „promulgirt werden.“). Der erstere wird mit 146 gegen 68 Stimmen angenommen. v. Radowitz und die preußischen Minister stimmen dagegen. Nächste Sitzung morgen früh 10 Uhr. Tagesordnung: Präsidentenwahl. Schluß der Sitzung $3^1/_4$ Uhr.

Erfurt, 18. April. (**Sitzung des Staatenhauses vom 18. April.**) Der Präsident eröffnet die Sitzung in Gegenwart der Verwaltungsrathsmitglieder v. **Carlowitz** und **Liebe** um $10^1/_4$ Uhr. Bei der Wahl des Präsidenten beträgt die Zahl der Stimmenden 82; mithin absolute Majorität 42. Davon erhält der bisherige Präsident von Auerswald 58, der Graf Arnim 23 und v. Watzdorf 1 Stimme. Demnach ist v. Auerswald für die Dauer des Reichstages zum Präsidenten des Staatenhauses erwählt. Er dankt dem Hause für diesen Beweis von Vertrauen. Bei der Wahl des ersten Vicepräsidenten haben sich 87 Abgeordnete betheiligt, mithin beträgt die absolute Mehrheit 44. Davon erhielten der Abg. v. Watzdorf 48, Fürst von Fürstenberg 31, v. Schleinitz 4, Graf v. Solms-Laubach 1 und Graf v. Arnim 1 Stimme. Der somit zum ersten Vicepräsidenten ernannte Abg. v. Watzdorf spricht der Versammlung seinen Dank aus. Bei der Wahl zum zweiten Vicepräsidenten sind 89 Stimmzettel abgegeben; die absolute Mehrheit beträgt also 45. Es erhält Graf Solms-Laubach 51, Fürst von Fürstenberg 33, Fürst Solms-Lich 2, v. Schleinitz 2 und Graf Loë 1 Stimme. Der zum zweiten Vicepräsidenten ernannte Graf Solms-Laubach dankt für das ihm bewiesene Vertrauen.

Darauf folgt die Fortsetzung der Berathung über den Bericht des Verfassungs-Ausschusses. Die Abänderungen sind im Ganzen dieselben, wie im Volkshause.

Im §. 48. hat der Ausschuß das Wort „zunächst“ beanstandet, da dasselbe Veranlassung zu einer besondern Auffassung des §. 48. in der Denkschrift gegeben. Der Ausschuß hält die Fassung des §. 48. im Inhalt als gefahrdrohend für die Zukunft und will den Text dahin interpretirt wissen, daß die Aussicht auf zukünftige Erweiterung des Reichshaushaltes offen bleibe.

v. **Carlowitz** erklärt als Commissar des Verwaltungs-Raths, daß durch diese Aenderung des Verfassungs-Ausschusses der ganze Charakter des Bundesstaates wesentlich alterirt und dieser in einen Einheitsstaat verändert werde.

Der **Referent** widerspricht dieser Anführung und die Versammlung lehnt es ab, der Ansicht des Ausschusses beizutreten.

Der Ausschuß hat bei §. 99. vorgeschlagen, den ersten Absatz zu ändern, wie folgt:

„Ein Reichsbeschluß kann nur durch die Uebereinstimmung beider Häuser einerseits und sowohl des Reichsvorstandes, als des Fürsten-Collegiums andererseits, gültig zu Stande kommen.“

Die Versammlung nimmt den Antrag ohne Debatte an.

Hierauf wird ein Amendement des Abg. Grafen Rittberg zu §. 82. zur Berathung gebracht und von dem Antragsteller begründet. Dasselbe wird **angenommen** und lautet: „Das Staatenhaus wolle beschließen: den ersten Satz des §. 82. dahin zu fassen:

„Ueberhaupt hat der Reichsvorstand in allen Angelegenheiten nach Maßgabe der Reichs-Verfassung die Regierungsgewalt, welche derselbe als Theilhaber an der gesetzgebenden Gewalt nach § 76. und 99. ausübt. Dem Reichsvorstande 2c.“

Zu §. 101. hat der Abg. v. **Kleist-Retzow** ein Amendement eingebracht, welches mit dem vom Abg. Stahl im Volkshause zu §. 101. Nr. 3 — 7 gestellten Amendement übereinstimmt. Ein schriftlich eingebrachtes Amendement vom Abg. Graf Solms-Laubach wird nicht hinreichend unterstützt, ein anderes vom Abg. Brüggemann wird unterstützt und lautet: „Das Staatenhaus wolle Satz 2 und 3 des §. 101. Nr. 6. fassen wie folgt: Das Staatenhaus hat das Recht zu Erinnerungen und Ausstellungen, nach deren Erörterung mit dem Volkshause es das Budget im Ganzen anzunehmen oder zu verwerfen hat.“

Außerdem liegen noch folgende Anträge des Ausschusses vor: 1) §. 101. Nr. 2. zu ändern wie folgt:

„Jede Bewilligung gilt nur für den besonderen Zweck, für welchen sie bestimmt worden. Die Verwendung darf nur innerhalb der Grenze der Bewilligung erfolgen;“

2) §. 101. Nr. 6. zu fassen wie folgt:

„Nach erfolgter Prüfung und Bewilligung durch das Volkshaus wird das Budget an das Staatenhaus zur Berathung und Beschlußnahme abgegeben. **Diesem steht innerhalb des Gesammtbetrages des ordentlichen Budgets, so wie derselbe auf dem ersten Reichstage oder durch spätere Reichsbeschlüsse festgestellt ist, nur das Recht zu, Erinnerungen und Ausstellungen zu machen,** über welche das Volkshaus beschließt.“

Der Kommissar des Verwaltungsrathes Dr. **Liebe** ersucht die Versammlung, dem Antrage des Abg. Kleist-Retzow keine Folge zu geben, und begründet die Zweckmäßigkeit der Bestimmungen des §. 101. der Verfassung gegenüber den vom Ausschuß beantragten Abänderungen.

Man kommt zur Abstimmung. Die Anträge von Kleist-Retzow, des Verfassungs-Ausschusses (§. 101. Nr. 2.) und von Brüggemann werden **abgelehnt**. Der Antrag des Verf.-Ausschusses ad §. 101. Nr. 6. wird gleichfalls mit 47 gegen 44 Stimmen abgelehnt. Der Abg. Hesse (Berlin) beantragt namentliche Abstimmung, und der Antrag wird mit 49 gegen 41 Stimmen **verworfen**.

Für denselben stimmen: Ambronn, Frh. v. Arnim, Auerswald, Baumstark, v. Brünneck, Dahlmann, v. d. Gabelentz, Hesse (Berlin), v. Heydenreich, Krüger, Leuer, Meyer, Oesterreich, v. Olfers, Pfeiffer, Riedel, Graf Rittberg, v. Schleinitz, Sintenis, Fürst Solms-Lich, Freihr. v. Stein, v. Sybel u. s. w.

Gegen denselben: v. Arnim-Boitzenburg, Bertram, Denzin, Gr. Dönhof, v. Düesberg, v. Dungern, Duckwitz, Dusch, Eichhorn, Möller, Möwes, v. Meysenburg, Piderit, Fürst Putbus, Fürst Radzivil, v. Schenk, v. Strotha, Tellemann, Waitz v. Eschen, Graf Waldersee, v. Watzdorf, Zöpfl, Graf Zech-Burkersroda u. A.

Der Antrag des Ausschusses, in den §§. 102., 104., 106. und 107. überall an Stelle des Wortes „Reichs-Oberhaupt“ zu setzen „Reichs-Vorstand“ wird ohne weitere Debatte angenommen.

Schluß 2 Uhr. Nächste Sitzung morgen früh 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über den Bericht des Verfassungs-Ausschusses.

Erfurt, den 18. April. Morgen vollzieht das Volkshaus die Wahl des Präsidenten und der Vicepräsidenten für den ganzen Rest der Sitzung und wird dann seine Verhandlungen einige Tage aussetzen.

†† **Aus dem Regierungsbezirk Minden**, den 15. April. [**Uhlich und Eimbeck.**] Westphalen hat vornehmen Besuch aus Sachsen gehabt. Hr. Agitator Uhlich hat uns besucht. Man merkte von dem ungebetenen Gaste nicht eher, als bis er uns verließ; auf dem Bahnhofe zu Minden wurde er an dem hochdemokratischen Theile seines Gesichtes erkannt.

Nun, er wird von dem ihn zum Bahnhofe begleitenden Freunde, Pastor Schrader aus Holzhausen, eben nicht viel Erfreuliches über Westphalen vernommen haben. Geht es doch dem 2c. Schrader selbst, — dem Verfasser des „Paulus“ und jenensischen Dr. der Theologie, — bei uns zu Lande nicht besonders gut. Seine erste Bestrebung im öffentlichen Leben galt dem Dr. Rupp in den Gustav-Adolph-Streitigkeiten; damals hatte er seine Bauern ziemlich freigemeindlich influirt. Als er aber später mit den Heuerlingen wider die Bauern auftrat, verlor er alles Terrain in seiner Gemeinde und sonst. Das Consistorium zu Münster hat ihn wegen einiger Schmähschriften auf das Christenthum überglimpflich behandelt, und so ist er noch heute Pastor zu Holzhausen.

Westphalen hat keinen guten Boden für Freigemeindler. Wir machen aber Hrn. Uhlich auf das Königreich Hannover aufmerksam. Dort läßt sich etwas machen. In diesem Königreiche Hannover findet sich z. E. eine Stadt, die heißt Eimbeck, und in dieser Stadt Eimbeck sind 4 große schöne Kirchen. Aber vergebens würde man Sonntags in den Kirchen Zuhörer suchen. Vermuthlich weil die Pastoren zu pietistisch predigen? O nein, weit gefehlt. In dieser guten Stadt weiß man vom Pietismus nur von Hörensagen. Aber was die Herren Rationalisten dort in den Kirchen predigen, kann man sich eben so gut zu Hause selber sagen; und darum bleibt man zu Hause.

Die gute hannover'sche Stadt Eimbeck liebt die Toleranz. Alle Freunde der Toleranz, alle Feinde der finstern, schrecklichen Intoleranz machen wir auf Eimbeck aufmerksam. Dort mußte das Schützenzelt einen Kronenleuchter haben. Die große Stadtkirche, in welcher der Herr Superintendent predigt, hatte 2. Man nahm einen davon und brachte ihn ins Schützenzelt. Warum auch nicht? In die Kirche geht man doch nicht, in das Schützenzelt aber geht man. Doch nein, als in der Superintendentenkirche neulich eine fulminante Predigt für die Freiheit gehalten wurde, da war die Kirche voll, und ein lautes schallendes Bravo! belohnte den Seelsorger in der Kirche während der Predigt für seine Predigt.

Wir bemerken schließlich, daß der neuliche starke Wind das Schützenzelt umgeworfen und sammt dem Kirchen-Kronleuchter zerbrochen hat.

Ich kann diesen Bericht nicht schließen, ohne meinen tiefsten Schmerz darüber zu bezeugen, daß unsere arme evangelische Kirche so ohnmächtig wider solche Skandale ist, wie ich eben gerügt habe.

Trier, 15. April. (Trier. Ztg.) Gestern Nachmittag ist Se. Königliche Hoheit der Prinz von Preußen in Begleitung seines Sohnes, des Prinzen Friedrich Wilhelm Königliche Hoheit, hier angekommen.

⊥ **Düsseldorf**, 17. April. [**Ein Schreiben des Prinzen Friedrich.**] Am 8. d. fand die Wahl des Chefs und der Vorstands-Mitglieder des hiesigen St. Sebastians-Schützen-Vereins statt. Es wurden gewählt zum Chef der Herr Dr. Reinartz, zu Vorstandsmitgliedern die Herren: Brückenmeister Stephan Kuhl, Kaufmann J. G. Peltzer, Maler Schwingen, Secretair Loosen, Lithograph Zeppenfeld, Dachdeckermeister F. W. Jos. Fuchs, Schreinermeister Anton Peters, Dr. Bloem, Rentner Farina, Notar Euler, Rentner Spohr, Brauer Lorenz Esser. Hierauf ist von dem Protector des Vereins, dem Prinzen Friedrich von Preußen K. Hoh., folgendes Schreiben hier eingelangt:

„Als Ich den Wunsch des St. Sebastianus-Schützen-Vereins, Mich als Protector an seine Spitze zu stellen, gern erfüllte, um dadurch der Bürgerschaft von Düsseldorf ein neues Zeichen besondern Wohlwollens zu geben, durfte Ich mit Recht von der ehrenwerthen Gesinnung des Vereins voraussetzen, daß er stets Männer als Chef und Vorstand wählen werde, die sich als treue Patrioten bewährt, und die das Wohl der Stadt und Bürgerschaft wahrhaft im Herzen getragen haben. Mit Bedauern vermisse Ich bei der am 8. d. abgehaltenen Wahl diese auch Mir schuldige Rücksicht, weshalb Ich nicht umhin kann, dem St. Sebastianus-Schützen-Verein hierdurch zu eröffnen, daß Ich Mein Protectorat als erloschen betrachten muß, bis der Verein eine neue und bessere Wahl getroffen haben wird.

Berlin, 13. April 1850.

gez. **Friedrich**, Prinz von Preußen.“

† **Wien**, den 16. April. (**Stimmungen. Bank. Vermischtes.**) Ich habe Ihnen in meinem gestrigen Schreiben*) die Wirkung angedeutet, welche die Protestation der in New-York versammelten Ungarn gegen die Schritte unserer Regierung in diesem Lande hervorbrachte. Man legte sie mit einem Worte, als einen Ableger der im Jahre 1848 grassirenden Politik, bei Seite, ohne sie weiter einer Betrachtung zu würdigen. Anders dürfte es jenem Vortrage ergehen, welchen eine Deputation von Ungarn — ohne Auftrag, wie sie selber sagt — an Se. Majestät den Kaiser richtete und welchen die A. Allg. Zeitung mittheilt. Die A. A. Zeitung ist ohne Zweifel durch einen der Unterzeichneten in die Wissenschaft dieses Documentes gekommen, und auch die dasselbe einleitenden Worte dürften aus dessen Feder sein. Der ganze Vortrag ist eine vollständige Anklage des Ministeriums einerseits, andererseits sind die Umrisse eines Programmes in demselben angegeben, unter welchem sich die Bestrebungen der so oft genannten Altconservativen vereinigen. Urtheilen Sie nun selbst nach diesen Andeutungen, ob man nicht mit vollem Rechte den Bestrebungen dieser Partei entgegentritt und ob unsere Regierung nicht ihre gelungensten Schritte in Ungarn gethan habe. Diese Partei verlangt in dem Augenblicke wohl nichts Anderes als die so oft besprochene Comitatswirthschaft von ehedem. Damit waren aber auch alle Bedingungen, eine materielle Grundlage zu jenen Bestrebungen wiedergegeben, welche in der älteren Zeit zum Verfall des Landes, in neuerer Zeit aber zum Bürgerkriege geführt haben.

Im Finanzministerium soll man nun die völlige Trennung des Bankgebahrens vom Staatshaushalte beschlossen haben. Zu diesem Zwecke soll die Zwangsanleihe auf 150 Millionen ausgedehnt und die Bank durch Deckung frei gemacht, sonst aber keine andern Papiere als die Reichsschatzscheine bestehen. Ich habe mich schon öfter für die Maßregel ausgesprochen, und selbst die übertriebenen Bedenken, welche mir von bedeutenden Autoritäten im Handelswesen geäußert wurden, können mich nicht davon abbringen. Diese Stellung, welche unsere Bank dann einnehmen wird, ist die allein haltbare, weil sie die natürliche ist, und sie wird dann um so leichter im Stande sein dem Staate in entscheidenden Krisen beizustehen, als sie selbst stärker sein wird. Ein Bedenken, welches sich gegen diese Maßregel ziemlich allgemein ausspricht, ist: daß wir ein neues Agio, nämlich auf Schatzscheine gegenüber den Banknoten, zahlen werden. Mag sein, aber im Inlande werden die Reichsschatzscheine Zwangscours bekommen, daher keine Banknoten nothwendig sein, die Bank wird aber in den Stand gesetzt werden, Silber in Umlauf zu setzen, wodurch wir das Gold-Agio, gegenüber dem Auslande, ersparen. — Die Die Frage wegen des Placetes ist noch in der Schwebe. Gewisse Zeitungen, oder vielmehr ihre Partei, haben das Stillschweigen über diese Verhandlungen gebrochen und nachdem wir vorerst durch sie erfuhren, wer im Ministerrathe für und wer gegen die Aufhebung stimmte, erfahren wir nun auch, daß das Ministerium gesonnen sei, diese Angelegenheit auf eine der Kirche durchaus nicht nachtheilige Weise zu vermitteln.

Im Augenblicke dürften alle auf die Reorganisation der Militairgränze gemachten Vorlagen bereits die Sanction des Kaisers erhalten haben. — Ich habe Ihnen bereits mitgetheilt, daß die Abreise des Kaisers auf den Anfang Mai festgesetzt sei, nur werden Se. Majestät nicht über Agram, sondern durch Kärnthen und Krain zurückkehren.

† **Wien**, 17. April. [**Vermischtes.**] Se. Majestät der Kaiser werden sich morgen in Begleitung seiner Eltern nach Prag begeben, um daselbst das Geburtsfest des Kaiser Ferdinand zu feiern. — In Triest werden einstweilen die umfassendsten Vorbereitungen zum Empfange Sr. Majestät getroffen, die Gemeinde hat eine Summe von 80,000 Fl. nur für die Beleuchtung bestimmt. Von dem Andrange der Fremden bei dieser Gelegenheit dürfte der Umstand einen Begriff verschaffen, daß man bereits jetzt keine Privatwohnung und kein Zimmer in Gasthöfen bekommen kann. — Man erwartet stündlich eine telegraphische Depesche von Triest, welche die griechische Frage als völlig beigelegt erklären soll, indem auf Einrathen des russischen Cabinets sich die griechische Regierung den Bedingungen von Seite Englands unterwarf. Das Nähere hierüber soll die nächste Triester Post mittheilen. — Man ist hier etwas gereizt darüber, daß wir alle politischen Neuigkeiten von Belang durch die A. A. Z. beziehen müssen; gestern brachte dieselbe den bereits erwähnten Vortrag der Altconservativen, heute eine telegraphische Depesche, wonach Oesterreich den Vorschlag, ein Fürstenhaus an die Stelle des Staatenhauses zu berufen, an Preußen gestellt haben soll und Preußen nicht abgeneigt sei diesen Vorschlag anzunehmen. — Die bereits gestern bekannte Nachricht von der Annahme der Verfassung en bloc in Erfurt hat hier gar keine Sensation hervorgebracht, wie man überhaupt gegenüber der Union die vollkommenste Apathie bewahrt.

Der Redakteur der „Brünner Presse“ soll wegen mehrerer gegen das Militair gebrachter Artikel einem Preßprozesse entgegengehen.

Die Kommission zur Bankreform hat nun den ersten Theil ihrer Arbeiten über die Hebung der Valuta und die Stellung, welche die Bank dem Staate gegenüber in Zukunft einnehmen soll, vollendet und wird nun auf die Statuten der Bank und die Hinausgabe der Reserveaktien übergehen. Wie verlautet, soll sie für eine Hinausgabe der Reserveaktien an diejenigen sein, welche bereits Aktien besitzen, und dann den Werth einer Aktie auf 800 Fl. festgestellt haben.

So eben wurde im Anschlage bekannt gemacht, daß alle Anfragen u. s. w. in Steuer- und Geldangelegenheiten an die Kommune zu richten seien.

Wien, 17. April. Dem Vernehmen nach werden Se. K. Hoheit der Herr Erzherzog Franz Karl mit der Frau Erzherzogin Sophie und höchstderen durchlauchtigsten Söhnen sich nach Prag begeben, um am 19. das Geburtsfest Sr. Majestät Kaiser Ferdinands daselbst zu feiern.

— Das Kriegsministerium hat gestattet, daß Offiziere, welche die linke Hand im Felde eingebüßt haben, im activen Dienste verbleiben können. Diejenigen Offiziere hingegen, welche die rechte Hand verloren haben und fortdienen wollen, müssen hierzu um die Bewilligung bei Sr. Majestät einkommen.

Der Ministerial-Sekretair Dr. Gustav Höfken ist zum Sections-

*) Nicht erhalten. D. R.

Berliner Zuschauer.

Berlin, den 19. April 1850.

— Se. Majestät der König haben neulich Ihren General-Adjutanten, General-Lieutenant von Neumann, auf Veranlassung des von uns schon erwähnten 50jährigen Dienst-Jubiläums des Generals, mit Allerhöchstihrem Besuche beehrt und demselben die Decorationen des Rothen Adler-Ordens erster Klasse in Brillanten, welche Se. Majestät dem Jubilar verliehen, Allerhöchstselbst eingehändigt.

Von Ihrer Majestät der Königin hat der General-Lieutenant von Neumann eine kostbare goldene Dose mit Allerhöchstihrer Namens-Chiffre in Rubinen und Smaragden zum Andenken dieses Tages erhalten.

— Se. Majestät der König haben gestern das in Charlottenburg stehende Füsilier-Bataillon 2. Infanterie- (Königs-) Regiments im Hippodrom besichtigt, die neu ausgebildeten Mannschaften Sich vorstellen und demnächst das Bataillon vor Sich exerzieren lassen.

— Se. Königl. Hoheit der **Prinz von Preußen** wird am 6. k. M. hier wieder eintreffen. Im Palais ist man gestern davon in Kenntniß gesetzt worden, um dasselbe zum Empfang in Stand zu setzen.

— †Se. Excellenz der Herr General v. **Wrangel** fuhr um $6^1/_2$ Uhr nach Potsdam und kehrte mit dem Mittagszuge zurück.

—† **Angek. Fremde**: Freiherr v. **Maltzahn-Zettemin**, kön. Kammerherr aus Zettemin; **Klindt**, Ober-Post-Director a. D. aus Stettin; **Holmes**, königl. großbr. Kapitän und Cabinets-Courier aus Wien; **de Chateaurenard**, franz. Leg.-Secr. am k. österr. Hofe, aus Paris; **Graf Solms-Sonnewalde** aus Wurschen; **Hann von Weyhern**, Oberstlieut. und Kommandeur des 1. schlesw.-holst. Drag.-Reg. aus Altona; **Graf v. Bismark**, herz. nassauischer Kammerherr aus Wiesbaden; **von Ramirez**, Minister d. Königr. beider Sicilien, aus Neapel; **Graf v. Walewski** aus Warschau; Se. Hoheit der Erbprinz von **Anhalt-Dessau** (Hotel des Princes); **Lebas**, französ. Cabinets-Courier, aus Paris; **Hosvibrenk**, k. österr. Cabinets-Courier aus Wien.

△ **Gerichtsverhandlungen am 17. Criminal-Gericht.** III. Abtheilung. Vorsitzender: Stadtgerichtsrath **Stahn**. Auf der Bank der Angeklagten befindet sich der Arbeitsmann **Hagen**. Derselbe ist bereits einmal wegen Diebstahls bestraft und fand nach Verbüßung seiner Strafe bei seinem Vater, dem Kanzleidiener Hagen, Wohnung und Unterhalt. Am 3. Januar d. J. entfernte er sich heimlich aus dessen Wohnung, übergab den Schlüssel zu derselben auf der Straße einem seiner jüngeren Geschwister und kehrte dahin nicht wieder zurück. Der Vater hatte kurz vor der Entfernung des Angeklagten sein vierteljährliches Gehalt im Betrage von 74 Thlr. erhoben und den Rest desselben mit 30 Thlr. 10 Sgr. in einen unverschlossenen Kommodenkasten gelegt. Dieser letztere Betrag war zugleich mit dem Angeklagten verschwunden. Der Verdacht des Diebstahls fiel natürlich auf den letzteren, der heute auch ein unumwundenes Bekenntniß der That ablegt. Das gestohlene Geld hat er mit demokratischer Gesellschaft aller Art vergeudet und nachdem er nichts mehr zu seinem Unterhalt besessen, sich selbst zum Arrest gestellt und sich als Thäter des Diebstahls bekannt. Sein Vater hatte bereits in der Voruntersuchung die Bestrafung des Schuldigen beantragt und wiederholte diesen Antrag heute mit sichtbar schwerem Herzen. Ueber sein treuherziges Gesicht rollten Thränen, als er erzählte, daß er von seinem geringen Gehalte eine sehr starke Familie zu ernähren habe, daß es seinem Sohne sehr wohl bekannt gewesen sei, wie nöthig er das Geld zu dem Unterhalt derselben gehabt habe und wie undankbar und schmerzlich es ihm sein müsse, wenn der Angeklagte in solcher Weise die ihm seinerseits gebrachten Opfer lohne.

Der Gerichtshof erkannte auf eine neunmonatliche Strafarbeit gegen den Angeklagten.

—† Gestern Abend suchte ein ehemaliger Reitknecht H. die Ladenkasse des Victualienhändlers Zagermann in der Kochstraße mit einem kühnen Griff heim. Die im Laden anwesende Frau hatte aber das Experiment bemerkt und Geistesgegenwart genug, die Hand des Diebes in die Geldlade festzuklemmen, bis auf ihren Ruf Hülfe kam.

—† Der ehemalige Konstablerwachtmeister, jetzige Polizei-Commissar **Kaiser** ist heute von Frankfurt herüber gekommen, da er einen Termin wegen einer früher von ihm vorgenommenen Auflösung abzuhalten hat. Einige unserer renitentesten Demokraten, die schon öfters bei Klubauflösungen mit Kaiser in Conflict gerathen, haben sich verabredet, der nächsten Versammlung in Frankfurt beizuwohnen, um die Opposition gegen Kaiser des Herrn nach Berliner Regeln zu arrangiren.

—† Der kürzlich von uns bezeichnete Feilbieter der „Raveaux'schen deutschen Einheits-Wichse“ hat sich noch vor etwa 14 Tagen in dem Laden L. in der Charlottenstraße blicken lassen.

Also volle 3 Monate konnte der fremde Ritter hier sein Wesen treiben!?

—† Den Gefangenen in der Stadtvoigtei wird vorzugsweise die „National-Zeitung“ zum Lesen verabfolgt; — wir wissen indeß nicht, ob als politisches Educationsmittel oder als Disciplinarstrafe?

—† Der baierische Agent, den Herr v. d. Pfordten nach Berlin geschickt, um bei preußischen Banquiers anzufragen, ob sie nicht geneigt wären, durch Uebernahme einer Anleihe dem Münchener Projekt vom 27. Februar auf die Beine zu helfen, hat hier eben so wenig tröstlichen Bescheid erhalten wie in Frankfurt a. M. und Amsterdam. Kredit ist eine schöne Sache!

—† Trotz der neulichen En-bloc-Abstimmung, die so ziemlich die Parteien consolidirt zeigte, macht der Wurstclubb im Bahnhofe noch immer eifrig Propaganda. **Heinrich der Finkler** aus Darmstadt setzt eifrig seine Bockpfeife in Bewegung, denn sein Hauptvogel, der **Distelfinke** aus Westphalen, hat zwar einen guten Schlag, das Knarren des bekannten **Mühlrads** schadet aber der Verständigung, denn „der Lärm ist allzugroß“, und die Wiegenmelodieen der Crefelder Nachtigall sind auch abgenutzt.

† Die Offiziere des Kaiser Alexander Grenadier-Regiments haben ihren alten Commandeur, den General von Bonin, bei seiner neulichen Rückkunft aus Schleswig feierlich empfangen. Die Musik des Regiments spielte bei dieser Gelegenheit im Hause des Generals mehrere patriotische Stücke. Das Regiment verehrt in dem General seinen militairischen Erzieher, dem es seine Erfolge in den letzten Jahren zu danken hat. Es verehrt in ihm den preußischen General, der in Krieg und Frieden bewiesen hat, daß Preußen auf ihn rechnen kann.

†† Aus den Provinzen wiederholen sich die Berichte und Klagen über Entweichung von Verbrechern in ununterbrochener Folge. Die gewiegtesten Autoritäten sprechen sich dahin aus, daß die Wiedererlangung derselben, so wie die Entdeckung der unerhörten Anzahl von Diebstählen und Einbrüchen wesentlich durch die kärgliche Ausstattung erschwert wird, in welcher die umfänglicheren Polizeiämter erhalten werden. An tüchtigen Kräften haben dieselben keinen Mangel, und die Polizei-Directionen der größeren Städte befanden sich dermalen in der Hand von Männern, denen man die selbstständige Verwendung eines geheimen Fonds doch wahrlich ohne Bedenken anvertrauen darf. Zehn bis zwanzig tausend Thaler, für den ganzen Umfang des Staates ausgesetzt, würden schon eine große Wirkung thun. Sollte es der Staatskasse für dies Bedürfniß wirklich an Mitteln fehlen, so würde das Land eher die Herabsetzung seiner parlamentarischen Vertretung um 10 bis 20 Köpfe, als jenen schreienden Nothstand länger ertragen.

— Die Demokratie verdammt die Bevorzugung der Geldaristokratie bei den Gemeindewahlen und erinnert daran, daß dem Arbeiter die Zahlung des Pfennigs weit schwerer werde, als dem Capitalisten die Zahlung des Thalers. Das mag für viele Fälle wahr sein; wir wollen es für alle gelten lassen. Aber warum vergißt die Demokratie immer und immer, wie schwer dem armen Arbeiter die unter dem Titel der Arbeiterverbrüderungen, der Klubbkassen, der Flüchtlings-Sammlungen 2c. erpreßten Silbergroschen werden?

† Die deutschkatholische Gemeinde zu Breslau hat für ihren Bedarf ein eigenes Schiedsgericht in Ehe- und Ehescheidungssachen zusammengestellt und in dasselbe den Vorkämpfer des „freien Weibes“, Nees v. Esenbeck, gesetzt.

K — Die Freisprechung des Herrn A. Bernstein wegen der wissentlichen Verbreitung des Artikels aus der Ostseezeitung durch das Urwähler-Blatt ist nur erfolgt, weil sechs Geschworene für Schuldig und sechs für Nicht-schuldig in diesem Falle gestimmt haben. Interessant ist jedenfalls das dabei von dem sogenannten „verantwortlichen Redacteur“ abgelegte Bekenntniß: daß er **nicht immer wisse**, was in seinem Blatte stehe, indem von Seiten der Druckerei beliebige Artikel hineinspedirt werden, wenn gerade keine vom Redacteur vorräthig sind, und da nun zufällig die Ostseezeitung mit gerade jenem incriminirten Artikel neben dem Setzerkasten lag, so kam dieser bedauerliche Beitrag zur Volks-Aufklärung in die betreffende Nummer, der Herr Redacteur wußte selbst nicht wie. In Folge dieser Selbstenthüllung des demokratischen Redactionswesens geschah es, daß der Staatsanwalt die Frage an den Angeklagten richtete: Welchen Begriff er denn eigentlich von Verantwortlichkeit habe? Und während der Beantwortung dieser Frage wurde Herr **Bernstein** leider unwohl, sonst würde er den Muth seiner Meinung gewiß noch weit mehr bewährt haben!

ᛞ Deutschlands männliche Mathilde in der Vossischen, die ihre Leit-Artikel bescheiden genug blos mit dem großen Anfangsbuchstaben ihres Namens, mit M. stempelt, sagte in Nr. 89: „daß Hr. v. **Gerlach** vollkommen consequent die Herstellung der politischen und finanziellen Privilegien verlangt. Mit der constitutionellen Verfassung wird dagegen die freie Entwickelung der Kräfte bei den **Bürgern** so hoch begünstigt, daß“ — (fügen wir logisch hinzu:) die eben so aufrichtig als rein-constitutionelle Tante Voß sich heute noch mit Stolz und Würdigkeit betitelt: „Königlich **privilegirte** Berlinische Zeitung.“ — Eine freie Entwickelung der Bürgerin Mathilde und Tante Voß, die uns eben so **bürgerlich** als **romantisch** erscheint! Nieder mit den Privilegien, ausgenommen das im Verlage Vossischer Erben, breite Straße Nr. 8.

∴ General v. **Bonin** bezog als Oberbefehlshaber der Truppen in Schleswig jährlich 15,000 Thaler. Eben so viel soll Herrn v. **Willisen** winken. „Noch ist Polen nicht verloren!“

— Die Wahl der neuen Gemeinde-Vertretung von Berlin wird schon im August vorgenommen werden. So lithographirt der Vater der diplomatischen Zeitungs-Enten und freut sich wie ein Kind, daß er auch wieder gewählt werden werde. Die goldene Kette steht ihm gar zu schmuck und macht wirklich, daß er nach Etwas aussieht.

ᛞ Die Blokisten des Erfurter Staatenhauses hatten ihre Fractions-Versammlungen im Hotel **Silber**. Es waren ihrer 48, also die Majorität. Doch glaube deshalb Keiner, daß der Staat Friedrichs des Großen für 48 **Silberlinge** feil ist.

— M Die Regierung in Erfurt hat die Wahl **Krackrügge's** zum Gewerberath kassirt, weil er kein **Arbeitgeber** sei. Als ob Krackrügge dem Staats-Anwalt nicht genug **Arbeit gemacht**!

— † **Die feindlichen Brüder**. Wir haben schon gestern einen Zweifel darüber ausgesprochen, welches Blatt nun eigentlich „wohlunterrichtet“ sei, die **Deutsche Reform** oder die **Erfurter Zeitung**. Letzteres Blatt bringt heute folgenden Artikel, dessen Schluß sich offenbar gegen die Deutsche Reform richtet: „Wir sehen uns zu der bestimmten und ausdrücklichen Erklärung veranlaßt, daß wir noch heute allen Grund haben zu glauben, daß die in dem Leitartikel zu Nr. 28. enthaltene Auffassung der am Sonnabend gefaßten Beschlüsse derjenigen der preußischen Regierung entspricht. Obgleich nicht in der Lage, auf das Motiv dieser Erklärung näher einzugehen, glauben wir doch, daß die Mitglieder keiner Partei irgend ein Recht zu der Meinung haben, daß preußische Minister jemals auch nur in der allerentferntesten Beziehung zu Verdächtigungen gegen irgend eine Fraktion des Parlamentes stehen können — mögen solche Verdächtigungen zu lesen sein, wo sie wollen.“

Die Deutsche Reform bringt dagegen heute folgende Erklärung, welche die Confusion nur noch vermehrt: Wir können der guten Constitutionellen Zeitung, ohne uns auf die Differenz unserer Polemik und der der Erfurter Zeitung einzulassen, die Versicherung geben, daß sie dies Mal, wie in manchen frühern Fällen, das Vergnügen des gewünschten Desavoué (Seitens der Regierung) wohl wird entbehren müssen.

— § Der neuernannte Medicinal-Rath Goeden in Stettin, früher in Krotoschin, vertheidigt sich in der heutigen Ostsee-Zeitung gegen den „Angriff“ derselben in No. 87., daß er diese Stelle als Belohnung seiner guten Gesinnungen erhalten, weil er früher der äußersten Rechten der National-Versammlung in Frankfurt angehört habe, mit folgenden Worten:

„Es ist nicht wahr, daß ich in der National-Versammlung zu Frankfurt jemals der äußersten Rechten angehört habe; vielmehr war ich von Anfang an Mitglied des linken Centrums. Mit dieser einen Berichtigung hat der Angriff schon seinen einzigen Stützpunkt verloren.“

Ob sonst noch was dabei verloren, lassen wir dahingestellt.

— △ In der künftigen Woche kommen bei dem Schwurgericht nur Diebstahlssachen und zuletzt am 27sten d. Mts. die Anklage gegen den Schuhmacher Weichmann wegen Raubes zur Verhandlung.

—† Die Hofjäger-Allee ist jetzt Mittags durch Spaziergänger überaus belebt. Außer der Hautevolée promenirt auch häufig zwischen 1 und 2 Uhr ein Theil des Hofes dort.

Rath im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentlich Bauten ernannt worden.

München, 15. April. Ein vom K. Kriegsministerium dem Präsidium der Kammer der Abgeordneten vor einigen Tagen übergebener Nachtrag zum Budget macht viel von sich sprechen, wonach die in demselben bereits gemachten Ansätze für das Heer noch um 2,400,000 fl. vermehrt werden sollen. Der Grund dieses Nachtrages ist der, daß die Löhnungen der unteren Chargen erhöht werden sollen.

In allen Garnisonsorten in Bayern, wo dieses noch nicht der Fall ist, sollen für die Folge selbständige Kommandantschaften errichtet werden, bestehend aus einem Stabsoffizier und einem Adjutanten nebst Schreiber. (Pdb.)

München, 16. April. Die Neue Münchener Zeitung, welche Preußen wegen seiner mit mehren kleinen deutschen Staaten abgeschlossenen Militairconventionen fortwährend attaquirt, läßt sich aus Florenz schreiben: Der Abschluß der Militairconvention zwischen Oesterreich und Toscana ist noch immer nicht erfolgt und die Ursache liegt hier wie in so vielen andern Dingen leider in der kläglichen Schwäche und Unschlüssigkeit der toscanischen Regierung. Diese sieht sehr wohl, daß sie ihren Bestand nur dem kräftigen Schutze der österreichischen Truppen verdankt, dessenungeachtet macht sie Schwierigkeiten.

— Sämmtliche Offiziere der Landwehr haben in diesem Monat einen besonderen Eid zu schwören, daß sie keinem vom Staate nicht genehmigten politischen Vereine angehören, noch je angehören werden. Eine eigene Eidesformel ist hiefür vorgeschrieben. (B. Tgbl.)

Webenheim, 12 April. Heute wurde der Student Schmidt von hier verhaftet und nach Zweibrücken abgeführt. Derselbe war während der Bewegung dem Civilcommissär in Zweibrücken beigegeben und „mußte“ auf dessen Befehl im Verein „mit einem andern Studenten eine Salzkasse in Beschlag nehmen.“

Heidelberg, 10. April. Gestern wurden hier Förster, Commissionair, Hübeler, gewesener verantwortlicher Redacteur der früher hier erschienenen Republik, und Wagener, Pfeifenmaler von hier, verhaftet und ins Gefängniß gebracht.

Karlsruhe, 14. April. Abermals sind zwei ehemalige badische Offiziere, welche als Strafgefangene auf der Festung Kislau saßen, von Sr. K. Hoh. dem Großherzog begnadigt worden; es sind dies die gewesenen Lieutenants Heckmann und Mutschelle, letzterer von der Artillerie. (M. J.)

αμ **Aus der Pfalz**, Mitte April: [Notizen.] Am 3. April hielten gläubige Geistliche in der Pfalz zu Frankenstein ihre Frühjahrs-Pastoral-Conferenz, an der auch etliche Laien Theil nahmen. Die Zahl der anwesenden Geistlichen belief sich auf etliche 30. Gegenstand der Besprechung war hauptsächlich das bei Haßloch zu errichtende Rettungshaus für verwahrlosete protestantische Kinder, dessen Bau nun beginnen soll, und die Abhaltung des diesjährigen pfälzischen Missionsfestes. Die nöthige Erlaubniß zu dieser Versammlung war vom Königl. Landcommissariat zu Kaiserslautern und dem Königl. Bürgermeisteramt zu Frankenstein eingeholt worden. Trotzdem erschien unterm 7. April ein durch das K. Armeecorps-Commando in der Pfalz veranlaßter Consistorial-Erlaß, in welchem die Dekanate beauftragt werden, die Theilnehmer jener als unerlaubt bezeichneten Versammlung zu erforschen und zur Anzeige zu bringen, wahrscheinlich, um weiter gegen sie verfahren zu können. Die in Frankenstein Versammelten gehören zu den wenigen Treuen im Lande, welche in der bösen Zeit des vorigen Jahres dem Revolutionsunwesen in der Pfalz um des Gewissens willen Widerstand geleistet und zum Theil, wie z. B. der bekannte Pfarrer Schiller zu Iggelheim, unter der Willkürherrschaft der brutalen provisorischen Regierung gelitten haben. Wir glauben gerne, daß die k. Staatsregierung zu München solche Chikanen, wie die berichtete, nicht begünstigt; aber es ist immerhin traurig, daß die kirchenfeindliche Büreaukratie, wie es scheint, ihre alte Wirthschaft wieder beginnen darf.

Sie wissen lange, daß der bisherige Regierungs-Präsident der Pfalz, v. Zenetti, in Ruhestand versetzt ist. Man sagt, es wäre geschehen wegen seines Mangels an Energie, und an seine Stelle ist der bisherige Regierungs-Direktor von Würzburg, G. v. Hohe, ernannt worden.

Frankfurt, 16. April. (Fr. J.) Die Bundescentral-Commission hat in Betreff des schon oft erwähnten und allbekannten gräflich von Bentinck'schen Erbfolgestreites wegen Kniephausen einen Ausspruch gethan. Dieser lautet dahin, daß es den Cabinetten von Wien und Berlin überlassen bleiben soll, zu entscheiden, ob der Beschluß der ehemaligen provisorischen Centralgewalt, welcher den klagenden Grafen in die Regierung wiederum einsetzt, ausgeführt, oder ob die Bundescommission von Neuem die Prüfung dieses Streites vornehmen soll. Beide Grafen weilen fortwährend in unserer Stadt.

§§ **Frankfurt a. M.**, 17. April. [Personalnachrichten. Vermischtes.] Se. Königliche Hoheit der Kurfürst von Hessen verließ gestern gegen 8 Uhr Abends unsre Stadt, um, wie ich höre, nach der Residenz Kassel zurück zu kehren. Indessen haben wir Hoffnung, Höchstdenselben noch im Verlaufe dieses Sommers für längere Zeit in Frankfurt zu sehen. — Der Ritter de Ramirez ist gestern von hier abgegangen, um den ihm von Sr. sicilianischen Majestät übertragenen Gesandtschaftsposten am Königl. preußischen Hofe anzutreten. Ihm näher stehenden Personen äußerte dieser Diplomat beim Abschiede, er hoffe sie in Kürze wieder in Frankfurt zu begrüßen, da ihm von seinem Monarchen, wie er vorläufig benachrichtigt worden, eine Mission nach Paris zugedacht sei, deren Erfüllung ihn über Frankfurt führen würde. — Unsere Lokalblätter sind kürzlich wieder durch ihren telegraphischen Berichterstatter zu Berlin irre geführt worden. Ich meine damit die telegraphische Depesche, welche sie gestern Mittag brachten und welche sie heute für unächt zu erklären sich bemüssigt sehen. Dieser Widerruf fällt den zahlreichen Genossen der Gotha-Partei schwer auf das Herz, ohne jedoch das Vertrauen aufrichtiger Preußenfreunde zur wahrhaft deutschen Politik des Königs und seiner Räthe im Mindesten zu erschüttern. — Die Verhandlungen des Hanauer Assisenhofes gaben in der gestrigen Nachmittagssitzung zu einer so stürmischen Scene auf den Zuhörer-Gallerien Anlaß, daß sich der Präsident genöthigt sah, dieselben räumen zu lassen. Uebrigens giebt der Gang der Untersuchung der Erwartung Raum, es werde das ungeheure Verbrechen, das zu ermitteln der Assisenhof bemüht ist, für diesmal von der strafenden Gerechtigkeit erreicht werden.(?) Ein solches Resultat aber würde man vornehmlich dem energischen Verhalten des Präsidenten, Oberappellationsraths Zuschlag, zu verdanken haben, der bis jetzt noch alle der Lösung seiner schwierigen Aufgabe im Wege stehenden Hindernisse zu bewältigen verstand. —

Hanau, 16. April. (9 Uhr. Prozeß Auerswald-Lichnowsky. 12te Sitzung.) Der gestern bereits vernommene Zeuge Heusler tritt wieder vor. Er bittet seine frühere Aussage ihm vorzulesen, er habe früher die Wahrheit gesagt. Schießen habe ich Niemanden gesehen, aber das habe ich gesehen, daß Ludwig auf Lichnowsky im Anschlag gelegen hat, als sich der Haufen auseinander begeben hat; ich kann das mit Bestimmtheit sagen, aber es steht mir nur vor, als ob Lichnowsky dem Ludwig vorher nach dem Gewehr gegriffen habe; nachher kam der Haufen, als Lichnowsky bereits zur Erde lag, unter ihm Georg, auf uns los, der Jude (Burweiler) klopfte hier, wie ich bereits gesagt, dem Ludwig auf die Schulter. Die Antwort Ludwigs war: „Ich mache mir eine Ehre draus, so einen — nun weiß ich nicht, ob er sagte „Menschen“ oder „Bluthund“ — (der Actuar Hille sagte mir einige derartige Aeußerungen vor,) aus der Welt geschafft zu haben“; ich sagte zu Ludwig, „er möge sich nicht so dick damit machen.“ Der Zeuge legt alle diese Aussagen mit der größten Ruhe ab. Schließlich erklärt er auf Befragen des Präsidenten, daß er gestern geantwortet habe, ohne gewußt zu haben, was er spreche; die Besinnung habe ihn verlassen gehabt, jedoch nicht in Folge von Angst, sondern wegen der Schwüle des Saales.

Hierauf wird zur Vernehmung des gestern angemeldeten Joh. Bechtold, 33 Jahre alt, Maurer von Schotten, geschritten, der, weil er noch gegenwärtig zu Frankfurt in Untersuchung steht, unbeeidigt vernommen wird. Der Präsident hält dem Zeugen seine früheren Aussagen vor, nach welchen der Zeuge sehr genaue und ausführliche Angaben über die Tödtung Auerswald's und Lichnowsky's gemacht und dabei den Pflug, Georg und Ludwig sehr erheblich beschuldigt hat. Auf Befragen des Präsidenten, ob er denn hier vor dem Instructionsrichter die Wahrheit gesprochen habe, erklärt Zeuge, das habe er allerdings, weicht aber jeder bestimmten Erklärung über den wesentlichen Inhalt seiner Angabe aus. In Betreff der Ermordung Lichnowsky's hat Zeuge durch ein, wie er sich ausdrückt, „Verschnappen“ seine Wissenschaft verrathen und hier wieder den Ludwig, den er mehrfach recognoscirt hat, den 2ten Schuß in den Rücken Lichnowsky's thun sehen.

Nach der Verlesung wird der Zeuge wieder befragt, was die Wahrheit sei; auch hier dreht er sich stets im Kreise herum, will sich keiner gravirenden Aeußerung mehr erinnern, bald nimmt er etwas zurück, bald giebt er es wieder zu und kommt immer darauf zurück, er sei in Bockenheim bedroht worden, auch sei er nicht so „behend im Kopf.“

Pflug und Ludwig stellen in Abrede, was in Bechtolds Aussagen gegen sie Gravirendes enthalten ist. Das Zeugniß Bechtolds wird vorgelesen, das ihn in seiner Jugend als einen trägen, verschmitzten Knaben schildert. (Schluß 2 Uhr.)

Hanau, 16. April. 3½ Uhr. (Prozeß Auerswald-Lichnowsky. Dreizehnte Sitzung.) Andreas Madain, Maurer von Lautenbach. Derselbe ist beeidigt und sagt im Wesentlichen aus, daß er (Eisenbahnarbeiter im Logis bei Pflug) am Abend des 18. September den Pflug, Gessel und Bechtold habe nach Hause kommen sehn. Dieselben hätten lachend erzählt, daß sie zwei große Herren in Frankfurt „maggalt“, d. h. zu Tode mißhandelt hätten. Am Sonntag nachher wäre Pflug sehr melancholisch gewesen. Die übrigen Zeugen sagen nur ganz Unwesentliches aus.

Mainz, 14. April. (Fr. J.) Einen traurigen Beleg zu der Trostlosigkeit unserer socialen Zustände bietet der ungeheure Zudrang von Geschäftsleuten aller Gewerbe zu den ärmlichsten städtischen Anstellungen. Ein Gehalt von 250 fl. ist ein Gegenstand der sehnsüchtigsten, angestrengtesten Bewerbung von Hunderten solcher Leute, denen größtentheils nicht Untüchtigkeit und Unfleiß in ihrem Geschäfte, und eben so wenig Verschwendung zur Last gelegt werden kann, um eine solche Bewerbung zu erklären! Alles Märzerrungenschaften.

Dresden, 17. April. (D. A. Z.) Heute ist Seitens des Königlichen Oberhofmarschall-Amts den Abgeordneten folgende Ansage, die Declaration der bevorstehenden Vermählung der Prinzessin Elisabeth mit dem Prinzen Ferdinand von Sardinien betreffend, zugegangen:

Donnerstag, 18. April 1850. Se. Maj. der König, Ihre Maj. die Königin und II. Königl. Hoh. Prinz und Prinzessin Johann, desgleichen Prinzessin Elisabeth wollen geruhen, in dem Thronzimmer Sr. Maj. des Königs, erste Etage des königl. Schlosses, alle Glückwünschungscouren gemeinschaftlich anzunehmen. Die Versammlung dazu findet für die Herren Landtags-Abgeordneten halb 2 Uhr in den Vorzimmern Sr. Maj. des Königs statt. Dresden, 15. April 1850.

Weimar, 16. April. (M. C.) [Radikale Ministerbeschlüsse.] Das Ministerium hat nun die Verheißung von Vereinfachung des Staatsdienstes zu erfüllen, was, wie sehr einsichtsvolle Leute versichern, auf ein höchst gewagtes Experiment hinausläuft; eine Menge weimarscher Beamten sind zur Disposition und auf Wartegeld gestellt. Auf eine conservative und schonende Besserung dessen, was wirklich besser werden kann, scheinen sich unsere Minister viel schlechter zu verstehen.

Hannover, 16. April. (Hannov. Ztg.) In Bezug auf eine Petition des Magistrats zu Stade, dem Militair außer dem Dienste das Tragen des Seitengewehrs zu untersagen, wurde nach längerer Debatte ein zum Antrage des Petitions-Ausschusses von Freudentheil gestellter Verbesserungs-Antrag dahin angenommen: „Die Königliche Regierung darum zu ersuchen, daß das Tragen des Seitengewehres außer Dienst, oder wenigstens beim Besuch öffentlicher Schenk- und Tanzhäuser, in der Armee untersagt werde.“

Schwerin, 16. April. Die Mecklenb. Zeitung bringt nun die folgenden amtlichen Bekanntmachungen:

Friedrich Franz ꝛc. Indem Wir den Grafen v. Bülow, bisher in königl. preußischen Diensten, zu Unserm Minister und Mitglied Unsers Gesammtministeriums hierdurch ernennen, übertragen wir nunmehr

dem Minister Grafen v. Bülow den Vorsitz im Gesammtministerium und das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, mit welchem in besonderer Abtheilung die Militairsachen verbunden bleiben;

dem Staatsrath Dr. v. Schröter das Ministerium der Justiz und in besonderen Abtheilungen die geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten und die Medicinal-Angelegenheiten;

dem Staatsrath v. Brock das Ministerium der Finanzen.

Wegen des Ministeriums des Innern bleibt das Weitere Unserer Entschließung vorbehalten. Gegeben Schwerin, am 15. April 1850. Friedrich Franz. — v. Schröter.

Der neue Abschnitt, in welchen die Entwickelung der inneren Angelegenheiten Meines theuren Landes getreten ist, veranlaßt Mich, demselben über den Stand dieser Verhältnisse offenen Aufschluß zu geben. — Das Staatsgrundgesetz vom 10. Oktober v. J. hat Meinem Lande noch nicht den Frieden wiedergegeben, dessen es, nach den Vorgängen der beiden letzten Jahre, dringend bedurfte. Es war vor der Einführung des Staatsgrundgesetzes nicht gelungen, die einer heilbringenden Wirksamkeit desselben entgegenstehenden inneren und äußeren Hindernisse genügend zu beseitigen. Diese traten daher nach seiner Einführung um so nachdrücklicher hervor. — Der Rechtsbestand des Staatsgrundgesetzes wurde von zwei gewichtvollen Seiten bestritten, von Sr. Königlichen Hoheit dem Großherzoge von Mecklenburg-Strelitz und mehreren Theilen der alten Stände, insbesondere von einem Theile der alten Ritterschaft. Von anderen Seiten gingen Proteste gegen den Inhalt dieser Verfassung ein, welche die Zukunft derselben neuen Bedenken unterwarfen. — Dessen ungeachtet gab Ich die Hoffnung der Beseitigung dieser Differenzen und einer günstigen Fortbildung der Verfassung mit Hülfe einer, diesem Bedürfnisse entsprechenden, Abgeordneten-Kammer nicht auf. Die eingetretenen Erfolge haben jedoch Meinen Erwartungen in beiden Beziehungen nicht entsprochen. — Es besteht eine Zerrissenheit in Meinem Lande fort, welche das moralische und das materielle Wohl desselben in hohem Grade gefährdet. Während sich, in Folge derselben, ein Theil von aller Mitwirkung zu dem neuen Baue des Vaterlandes zurückhält; ein anderer Theil nicht abläßt, in seiner verderblichen Richtung fortzuwirken und den obwaltenden Zwiespalt für seine Zwecke auszubeuten; liegt es, unter diesen Umständen, nicht in der Macht der zwischen diesen Parteien Stehenden, Mir eine zureichende Unterstützung zu gewähren, mit ihnen allein zu einer befriedigenden Entwickelung der Zustände des Landes zu gelangen. — Diese Sachlage ließ das dringende Bedürfniß schleuniger Abhülfe nicht verkennen und bestimmte Mich zu dem Entschlusse, mit den dazu geeigneten Mitteln nicht länger anzustehen. — Es mußten die gegen den Rechtsbestand des Staatsgrundgesetzes erhobenen Zweifel gelöst werden, um dadurch wieder einen festen Grund für die öffentlichen Verhältnisse des Landes zu legen. Da nun über jene Zweifel bereits ein Rechtsstreit zwischen Mir und Sr. Königlichen Hoheit dem Großherzoge von Mecklenburg-Strelitz bei dem Bundes-Schiedsgerichte zu Erfurt anhängig ist, mithin der Rechtsweg nach dieser Seite bereits eröffnet war; so durfte Ich der an Mich von der Bundes-Central-Kommission zu Frankfurt a. M. ergangenen Aufforderung, auch den Vertretern des oben erwähnten Theils der alten Ritterschaft den Rechtsweg durch die, in der Patent-Verordnung vom 28. November 1817 zugesicherte Compromißinstanz zu gewähren, um so weniger längeren Widerstand entgegensetzen, als die letztere zugleich über die Legitimation der Antragsteller zu dem Verlangen eines solchen Schiedsgerichts mit entscheiden soll. — Durch die Gewährung dieser Compromiß-Instanz, die zugleich zu einem Wechsel Meines Ministeriums geführt hat, habe Ich nur dem Rechte seinen Lauf gelassen, das in Mecklenburg stets heilig gehalten worden ist. Um so mehr werde Ich inzwischen den bestehenden Rechtszustand nicht einseitig verändern und — wie auch die Rechtssprüche ausfallen mögen — an dem durch Meine Proclamation vom 23. März 1848 von Mir betretenen Wege festhalten. — Mögen daher Alle, die es mit Mecklenburg wohl meinen, Mir vertrauen und mit Mir dahin zusammenwirken, aus dem gegenwärtigen Uebergange gesegnete Früchte zum Heile des Vaterlandes zu gewinnen. Schwerin, am 15. April 1850. Friedrich Franz. Graf v. Bülow. A. W. v. Schröter. v. Brock.

Oldenburg, 13. April. Die preußischen Instrukteurs für die Kavallerie werden uns bis zum 1. Mai hin nach und nach verlassen. Als Revange für die Bewirthung am letzten Geburtstage des Königs von Preußen geben die oldenburgischen Offiziere und Unteroffiziere der Reiterei den preußischen heute eine Abschiedsfête im Kasino. Am Donnerstag waren sämmtliche Offiziere der Reiterei nach einer Parade im Schlosse zur Tafel.

Die Fürstin von Waldeck ist mit ihren beiden Söhnen heute zum Besuche bei unserm Hofe eingetroffen.

W* **Aus dem Holsteinschen**, 16. April. [Geld! Geld!] Die Revenüen-Confiscation der schleswig-holsteinschen Grundbesitzer dauert nun schon ins 3te Jahr fort. Außer den gewöhnlichen Staats- und Commune-Abgaben müssen dieselben für Unterhaltung des Kriegsheeres monatlich ungefähr Eine Million Mark aufbringen. Dazu bedarf es einer jährlichen Ausschreibung von circa 3 pro Cent von allem Grund-Eigenthum, welches, beiläufig gesagt, hier zu Lande in den meisten Fällen zur Hälfte verschuldet ist. Im Jahr 1849 haben einzelne Gutsbesitzer 10 — 12,000 Thlr. incl. der Zwangs-Anleihe aufbringen müssen, und von diesen hat Mancher bei Weitem nicht die Hälfte an reinem Einkommen. Letzteres wird im höchsten Satze mit 4 pCt. versteuert und kann diese Abgabe in der extraordinairen Grundsteuer gekürzt werden. Für die Nothwendigkeit, solchergestalt ein halbes Säculum hindurch compensiren und liquidiren zu müssen, erfreue man sich des patriotischen Hochgefühls, für eine so kurze Spanne Zeit seinen nicht mit Grundbesitz versehenen Mitbürgern die Staatsabgaben, wenn auch unverzinslich, vorgeschossen zu haben.

Ausland.

Frankreich.

** **Paris**, 16. April. Die heutige Sitzung der gesetzgebenden Versammlung führte Herrn v. Lamartine auf die Tribüne, er vertheidigte die Subventionen der Theater, was um so edler von ihm war, da er eben keine Lorbeern geerndtet hat auf den Brettern, von denen der Dichter sagt, daß sie die Welt bedeuten. Nachdem Lamartine mit seinem Plaidoyer in dem Prozeß: die dramatische Kunst contra Rauhot, Berichterstatter, gesiegt, erschien Herr Schölcher, der Abgeordnete der Neger von Martinique, der schwarzen Franzosen, vor der hohen Versammlung und bewies durch einen langen Sermon, daß er weder ein Redner noch ein Welser sei, welches letztere sich auch für sein Mandat nicht geschickt haben würde. Sein Antrag, die Pensionen der Juli- und der Februar-Helden auf das große Buch von Frankreich zu schreiben, erregte übrigens großes Aufsehen; die Montagnards Charras und Joly deklamirten nicht übel, Herr Dufaure stellte sich ihnen wie ein Schulmeister seinen unartigen Buben gegenüber; Graf Léon v. Laborde benutzte die günstige Gelegenheit, seinem Groll gegen die beiden Revolutionen Luft zu machen und die Schuld derselben einer Horde ehrgeiziger und ehrvergessener Intriguanten in die Schuhe zu schieben. Natürlich folgte auf die legitimistische Expectoration der gewöhnliche parlamentarische Sturm mit Klingelbegleitung des Präsidenten und Ordnungsruf. Am Schluß wurde der Antrag durch die Vorfrage mit 406 Stimmen gegen 205 beseitigt. Volle zwei Drittel! Uebrigens ist heute Paris voll von den beiden neuen Kandidaturen, und Herr Eugène Sue, zu dessen Partei alle Portiersfrauen, Epicierstöchter und Boutiquenmamsellen gehören, wird wieder ebenso lebhaft besprochen und beräuchert, wie in den ersten Tagen seines jungen Ruhmes, als ihm noch der edle Rudolph, Großherzog von Gerolstein, Marienblumen statt des Dichterlorbeers um den hirnlosen Schädel wand. Für die neue Kandidatur Leclerc's sind alle Nichtorléanisten sehr eingenommen, denn waren die Legitimisten gegen Foy, als den Sohn des ewigen Oppositions-Mitgliedes und Schwager Piscatory's, so waren die Blauen gegen ihn, als ehemaligen Louis Philippistischen Pair. Einige Blätter sind so entzückt über diese neuen Kandidaten, daß sie förmlich poetisch werden. So schreibt die Patrie: Im Juni 1848 waren de Flotte und Leclerc beide auf den Barrikaden; für uns Alle, die gegen die Barrikaden marschirten, für euch Alle, die sie vertheidigten — Sonne und Wind getheilt und Gott mag richten! Uebrigens sind die Orléanisten wüthend, daß sie ihren Foy aufgeben müssen, sie unterwerfen sich mit verbissenem Aerger.

Mehrere Blätter legen Gewicht darauf, daß bei den letzten Revuen in Ruel und Saint-Germain General Changarnier den Präsidenten der Republik nicht begleitet hat.

In den Salons wollte man wissen, die Königin von Spanien habe den Herrn Nachbar zur Rechten, den Präsidenten der französischen Republik, und die Frau Nachbarin zur Linken, die Königin von Portugal, zu Pathen des erwarteten Prinzen von Asturien bestimmt.

Eine große Anzahl von Prälaten und Würdenträgern der Kirche ist nach Rom gereist, um den Papst dort zu begrüßen.

In seinem Hause am Georgplatz versammelte Herr Thiers gestern seine Freunde um sich, zum letzten Male vor seiner Abreise nach Lille.

Die spanische Regierung hat eine Kommission ernannt, um durch einen aktenmäßigen Bericht die fabelhafte Erzählung von Thiers in der Geschichte des Consulates und des Kaiserreichs von der Schlacht von Baylen zu widerlegen.

Im Konferenzsaale der gesetzgebenden Versammlung unterhielten sich die Herren Repräsentanten heute viel über die so eben eingelaufenen Nummern (seit 1. Jan. 1850) des kaiserlich chinesischen Staatsanzeigers. Die Zeitung ist sehr schön auf starkes blaßgelbes Papier gedruckt. Ein Mandarin mit dem blauen Knopfe ist Chef-Redacteur; die Mandarinen der beiden ersten Rangklassen zahlen Subventionen zu Druck und Papier, die Mandarinen geringerer Ordnung erhalten das Blatt umsonst, müssen (!!) aber Artikel liefern. Die erste Nummer enthält unter andern Regierungsakten einen „Drachenfuß“ (Verordnung) des Kaisers Taokuang, durch welchen den Chinesen jede Auswanderung nach Kalifornien und Costo-Rica verboten wird.

Der „Moniteur“ veröffentlicht heute den vergleichenden Bericht über den Ertrag der indirecten Steuern während der drei letzten Monate. Derselbe betrug 3,844,000 Fr. mehr, als im entsprechenden Quartal von 1849, und hätte ohne die Herabsetzung der Salzsteuer fast 8 Mill. mehr ergeben. Bemerkenswerth ist, daß von jenem Mehrertrage auf Januar und Februar 2,689,000, auf den März aber, den Monat der Wahlen, nur 655,000 Fr. kommen. Am stärksten zugenommen haben die Stempel- und Einregistrirungs-Gebühren, was für den Wiederaufschwung der Leih- und Kaufgeschäfte spricht; hierauf folgen die Getränk- und Taback-steuer. Am meisten abgenommen haben die Salzsteuer und die Zölle, letztere besonders in Bezug auf den Zucker, was von der Vermehrung der inländischen Zuckererzeugung und den gestiegenen Zuckerpreisen herrührt.

In einer Wahlversammlung wurde neulich geradezu eingestanden, daß das „Volk“, welches seit Kurzem überall, wo L. Napoleon in und außerhalb Paris sich öffentlich zeigt, Vivats für die demokratisch-socialistische Republik und ähnliche Rufe anstimmt, aus einer förmlich dazu beorderten kleinen Schaar von Rothen besteht, die dem Präsidenten zu diesem Zwecke überall nachfolgen und dann Alles aufbieten, um Gaffer, Straßenjungen zum Einstimmen in ihre „Kundgebung“ zu vermögen.

† **Paris**, den 14. April. (Die Schrift des Herzogs von Valmy und ein Brief Louis Philipp's.) Die Geschichtsschreiber der Julirevolution sprechen sämmtlich von einem Briefe, welchen der Herzog von Orleans — Ludwig Philipp — wenige Tage vor seiner Thronbesteigung an den König Carl X. gerichtet und worin er diesem versichert habe, er werde sich durch keine Gewalt zu einem Schritte zwingen lassen, der mit seiner Unterthanenpflicht im Widerspruch stehe. Etwas Authentisches aber wußte Niemand sowohl über die Existenz als über den Wortlaut des Briefes anzuführen. Erst jetzt werden wir darüber aufgeklärt und zwar in der vor Kurzem erschienenen Schrift des Herzogs v. Valmy: La force du droit et le droit de la force. Wir lesen da:

In der Nacht um ein Uhr ließ der Herzog von Orleans eine Person, die sich des unbeschränkten Vertrauens Carl's X. erfreute und sich damals in dem Palast des Luxembourg im Verborgenen aufhielt, zu sich in das Palais-Royal rufen. Der General-Lieutenant des Königreichs befand sich in einem Cabinete, wohin er eine Matraze, um sich auf derselben auszuruhen, hatte bringen lassen. Die Unterredung dauerte mehrere Stunden; man prüfte die Zukunft der Monarchie, man besprach die Verantwortlichkeit des Hauses Orleans, die Eventualitäten einer Thronbesteigung — und der Herzog von Orleans drückte in letzter Analyse seinen Entschluß in einem Briefe an den König aus, den er der Person, die er zu sich hatte entbieten lassen, anvertraute. Gleich nach ihrer Rückkehr in den Luxembourg beauftragte letztere einen treuen Diener, die Depesche heimlich nach Trianon, wohin sich Carl X., Saint-Cloud verlassend, zurückgezogen hatte, zu bringen; ihm ausdrücklich anempfehlend, den Brief um jeden Preis zu vernichten, falls er unterwegs verhaftet würde. Der Brief hatte zur Aufschrift: Au Roi, weiter unten le duc d'Orleans.

Im Augenblicke des Aufbruchs verlangte der Diener, welcher das kostbare Dokument durch die feindlichen Linien hindurch an seine Adresse bringen sollte, eine Copie desselben, um sie dem Könige einzuhändigen, wenn er sich gezwungen sehe das Original zu vernichten. Diese Vorsichtsmaßregel war durch die Umstände gerechtfertigt: man traf Anstalt ihm den Inhalt der Depesche zu dictiren. Aber die Stube war unter dem Dache des Luxembourg gelegen und von Allem entblößt; das Schreibmaterial bestand aus einer Feder und einem alten gläsernen Dintenfasse; Papier war nicht vorhanden. Zum Glücke hatte die Vorsehung, der es oft gefällt, ihre Dazwischenkunft in den großen Umschwüngen zu zeigen, erlaubt, daß sich ein altes Buch über die Orden von Saint-Esprit und von Saint-Michel in diesen Speicher verirrt hatte, um die Abschrift der Verbindlichkeiten des Hauses Orleans zu empfangen und sie heiliger zu machen. Das Blatt worauf das Inhaltsverzeichniß des Buches gedruckt war, wurde herausgerissen und auf dasselbe die Copie des Briefes des Herzogs von Orleans unter dem Dictat der Person geschrieben, welche ihn im Palais-royal empfangen hatte. Dieses Blatt wurde von dem, welcher es geschrieben hat, funfzehn Jahre lang in einer blechernen Büchse aufbewahrt und uns im J. 1845 anvertraut, in der Hoffnung daß wir den loyalsten und nützlichsten Gebrauch davon machen würden. Hier folgt die authentische Abschrift des Briefes des Herzogs von Orleans an den König Carl X. Das Publikum urtheile, ob wir dem uns geschenkten Vertrauen entsprochen haben.

M. de *** dira à Votre Majesté comment l'on m'a amené ici par la force; j'ignore jusqu'à quel point ces gens-ci pourront user de violence à mon égard, mais si dans cet affreux désordre il arrivait que l'on m' imposât un titre auquel je n'ai jamais aspiré, que Votre Majesté soit bien persuadée que je n'apercevrais tante espèce de pouvoir que temporairement et dans le seul interet de notre maison.

J'en prends ici l'engagement formel envers Votre Majesté. Ma famille partage mes sentiments à cet égard. Palais-Royal, 31 Juillet 1830. (Signé) Fidèle sujet.

„Wir kennen ganz positiv das Schicksal von dem Original dieses Schreibens; der Augenblick es zu sagen ist noch nicht gekommen. Zu bemerken ist, daß die Sprache desselben mit der Sprache, welche Ludwig Philipp in diesem Augenblick führen soll und der, welche er in seinen Relationen mit den europäischen Cabineten geführt hat, in allen Punkten übereinstimmt; sie resumirt übrigens sehr gut. Das, was wir von der Lage des Hauses Orleans, den Ereignissen des Jahres 1830 gegenüber, und von den Motiven gesagt haben, welche es trotz seiner selbst an einem Tage des Sturmes dahin führen konnten, die Monarchie auf ein Floß zu werfen, um ihrem Untergange vorzubeugen.“

Diese letztere Bemerkung zeigt, mit welcher Vorsicht Hr. von Valmy es vermeidet, den Ex-König Ludwig Philipp und seine Freunde zu verletzen. Doch aber beeilt er sich hinzuzufügen:

„Was wir zu sagen berechtigt sind ist, daß heute das Haus Orleans, wenn es freiwillig die Krone aus den Händen der Revolution annähme, die Pflichten verletzen würde, die nicht zu verletzen es im J. 1830 geglaubt hatte.“

Paris, Mittwoch, 17. April, Abends 8 Uhr. (Tel. Corr. Bur.) **Der Minister des Innern, Baroche, meldet, daß jedes von Staatsstreichen redende Blatt künftig saisirt werde. Heute wurde bereits der „National“ mit Beschlag belegt.**

Großbritannien.

* **London**, den 16. April. Im Hause der Lords Comitéberathung über die Schatzkammerbill's. Im Hause der Gemeinen ebenfalls nur Dinge von localem Interesse, nach denen sich der alte tapfere Vorfechter der Hochkirche über die Herrschaft der römischen Kirche auf der Insel Malta beklagt.

Die Gräfin Rossi (Henriette Sonntag) hatte gestern die Ehre im engeren Kreise der Königlichen Familie zu singen. Herr Eckardt begleitete sie am Pianoforte.

Die Times erklärt sich lebhaft gegen die Fenstersteuer und meint, der Schatzkanzler solle den durch die Aufhebung derselben in den Kassen entstehenden Ausfall durch die Summe decken, die ganz unnütz für das an der Küste Afrika's kreuzende Geschwader weggeworfen werde. Auch könnte dazu die Mehreinnahme verwendet werden, die aus einer bessern Verwaltung der Kronländer, Wälder und Forsten nothwendig resultiren müsse.

Einundfunfzig Comité's haben Bericht über die erste Sammlung für die große Industrieausstellung abgestattet; es sind bis jetzt im Ganzen 44,300 Pfd. Sterl. gezeichnet. Davon in London allein fast 30,000.

In den nächsten Tagen wird die zweite Bahn über die Britanniabrücke gelegt werden.

Der General-Postmeister Marquis von Clanricarde hat sich bei seiner letzten Anwesenheit in Paris nicht eben beliebt bei den dortigen Staatsmännern gemacht. Er sagte nämlich in Bezug auf die griechischen Angelegenheiten: es würde uns leicht sein den König Otto zu stürzen, haben wir doch auch den König Louis Philippe gestürzt! Diese unvorsichtige Aeußerung wird man in Frankreich nicht vergessen.

Der Graf (Louis Philippe) von Neuilly hat der Königin Victoria ein prachtvolles Porcellaineservice zum Geschenk gemacht. Durch besonders dazu Beauftragte ließ er es von Sèvres abholen und über den Canal bringen.

Als Nachtrag zu den wilden Bestien, die der Kaiser von Marokko der Königin von England geschenkt, und welche nun im zoologischen Garten untergebracht sind, hat jetzt der „Bulldog“ 9 junge Berberpferde von Tanger für Ihre Maj. überbracht, die von 2 wildaussehenden Mauren begleitet sind. Prinz Albert, der Herzog v. Norfolk, als Earl Marschall von England, und einige andere Herren vom Hofe nahmen die Thiere mit Kennerblick in Empfang.

Zum Präses der ostindischen Compagnie ist Sir J. W. Hogg ernannt, der von einem der ersten Stifter dieser großen Handels-Gesellschaft abstammt. Er hatte 13 Stimmen, sein Mitbewerber Shepherd eben so viele, das Loos entschied für ihn.

Italien.

Aus **Turin** melden Concordia und Opinione die höchst bedeutungsvolle Neuigkeit, daß der Nuntius des heil. Stuhles in Folge der Proclamation der Siccardischen Gesetze seine Pässe gefordert und erhalten habe.

Rom, 12. April. Die Augsb. Allgem. Ztg. schreibt: „Der Papst ist in Rom eingetroffen. Hinter dem Palaste Chigi waren Petarden gelegt. Eine Explosion erfolgte.“

Nach den vorausgehenden Berichten wollte Se. Heil. vom Lateran aus über das alte Forum, den venetianischen Platz und die Jesustraße in die Via Papala und von dieser über die Engelsbrücke und Borgo Nuovo nach dem Vatican seinen Weg nehmen. Der Palast Chigi liegt etwa in der Mitte des Corso. Der Papst hatte also seinen Zug durch die Stadt größtentheils zurückgelegt und war unweit der Tiber angekommen, als das verbrecherische Attentat erfolgte, das — wie man aus dem Schweigen der Depesche schließen darf — glücklicherweise kein Menschenleben gekostet zu haben scheint.

Florenz, 10. April. Diesen Vormittag wurde die feierliche Vermählung der Erzherzogin Isabelle mit dem Grafen Trapani durch den Erzbischof im Dom vollzogen. Die Kirche war auf das Festlichste geschmückt und für das diplomatische Corps, die höhern Militär- und Civilbehörden, sowie ausgezeichnete Fremde, waren besondere Plätze hergerichtet. Trotz des unfreundlichen Regenwetters waren die Straßen, durch welche sich der Zug vom Palast Pitti aus bewegte, mit Menschen angefüllt, inzwischen hielt sich alles auffallend still. Später war große Tafel und Cour bei Hofe; andere Festlichkeiten scheinen nicht stattzufinden. Die Neuvermählten werden binnen Kurzem über Rom nach Neapel abreisen. (A. Z.)

Spanien.

Madrid, 9. April. Aus sicherer Quelle verlautet jetzt Näheres und Genaueres über die Beilegung des englisch-spanischen Zerwürfnisses durch Vermittlung der belgischen Regierung. Unser Cabinet erklärte in seiner amtlichen Note, ohne Bulwer zu nennen, daß es bei allen seinen Handlungen nie beabsichtigt habe, England zu beleidigen. Wünsche England die diplomatischen Verbindungen mit Spanien wieder anzuknüpfen, so sei letzteres dazu bereit. Die Regierung werde dann diejenige Person, welche die Königin Victoria an den spanischen Hof zu senden Willens sei, in einer Weise empfangen, die dem englischen Cabinet beweisen werde, welchen Werth Spanien auf Wiederaufnahme der Beziehungen zu

—† Die Abendpost bringt folgenden perfiden Artikel: „Die verdienstvollsten Männer, wie sie sich nämlich selbst nennen, im Treubunde für König und Vaterland, haben den Beschluß gefaßt, sich gegenseitig zu beschenken und zwar mit Ehrensäbeln und silbernen Pokalen und goldenen Dosen. Es ist dieses die drolligste Idee, welche man im Treubunde bis jetzt gehabt hat. Unter den verdienstvollsten Männern ist nämlich der sogenannte große Bundesrath zu verstehen, der sich gegenseitig beschenken will, versteht sich aus Bundesmitteln.“

—† Da sich bei der in Folge des Antrags hiesiger brandkassenpflichtiger Einwohner angestellten Untersuchung über die Brandstiftung der kön. Eisengießerei nicht hat erweisen lassen, daß andere als demokratische Einäscherungsmotive vorgelegen, — ist die Untersuchung wieder ad acta gelegt worden und „die Berliner Hausbesitzer zahlen!“

—† Im demokratischen Verlage von Löwenherz ist „Der Steuerverweigerer Brenneke“ in 3ter Auflage erschienen, und zwar diesmal als „Reichstagsabgeordneter zu Erfurt.“ Das Programm des Buches lautet: „Brenneke reist mit Preußens Mathilde auf gemeinschaftliche Kosten nach Erfurt zum Reichstag. Scene 1.: Ankunft in Stockfisch. 2.: Soirée bei Radowitz. 3.: das Volkshaus.“

—† Der hiesige Kunsthändler Lassally ist in dem bekannten „Weinmann“'schen Diebstahls-Prozesse zum 16. Mai als Zeuge vor die Assisen zu Cöln geladen worden. Die Abendpost spricht die „begründete“ Ansicht aus, daß der „Vater der Tendenzmauserei“ diese Prozeßverhandlung selber veranlaßt habe, um verleumderischen Gerüchten gegenüberzutreten. — Wir sind bange, daß die rheinischen Geschworenen nur das „Tendenzen nach Krone und Scepter“ für erlaubt halten, das „Tendenzen auf die eigenen Geldbeutel“ aber nicht mit so liberalen Augen anschauen dürften!

— Durch die Geständnisse eines zu lebenswieriger Zuchthausstrafe verurtheilten Verbrechers, Rietz, ist der Verdacht der Diebeshehlerei auf den Besitzer einer hiesigen bekannten Gold- und Silberwaaren-Handlung gefallen, und ist derselbe bereits in den Kriminalarrest abgeführt worden.

— Der Major v. Preuß hat jetzt eine kostbare Pfeife von seinem am 19. März verbrannten (?!) Eigenthum wieder erhalten. Der Sohn eines Zimmergesellen soll dieselbe an jenem Tage in der Heiligen-Geiststraße gefunden haben. Das Wappen auf der Pfeife hat die Entdeckung dieses Theils des verbrannten (?!) Eigenthums veranlaßt.

England und auf Befestigung der freundschaftlichen Verhältnisse zu diesem Lande lege. Die Antwort-Note der englischen Regierung auf diese amtliche Mittheilung spricht ebenfalls den lebhaften Wunsch aus, die diplomatischen Verbindungen wieder anzuknüpfen, so wie die Geneigtheit, einen Gesandten nach Madrid zu senden. Es heißt sodann, daß die englische Regierung, weil sie von Bulwer's inniger Ergebenheit für Isabella und die spanische Nation überzeugt sei, an ihn für diesen Posten gedacht hätte, wenn er nicht in Washington accreditirt und also zur Uebernahme desselben außer Stande wäre; deshalb werde Victoria eine andere Person bei der Königin Isabella beglaubigen. Die Differenz ist also beseitigt; die beiderseitigen amtlichen Noten wird die „Madrider Zeitung" nach dem Eintreffen einer weiteren officiellen Antwort Lord Palmerston's, die man in acht bis zwölf Tagen erwartet, nebst letzterer sofort veröffentlichen, und es wird sodann Lord Howden als englischer Gesandter hierher kommen, Isturiz aber als Gesandter nach London gehen.

Schweiz.

B** Bern, den 16. April. [Handel und Industrie.] Nach Vorgang der Karlsruher Zeitung macht gegenwärtig durch die Schweizer Blätter ein Gerücht die Runde, als beabsichtige Preußen einen Handelsvertrag mit der Schweiz abzuschließen, und sei der hier anwesende Herr Oechelhauser, ein Beamter des früheren Reichs-Handelsministeriums, beauftragt, hierfür das Terrain zu sondiren. Ich bin im Stande, dies aus guter Quelle als einen Irrthum zu bezeichnen. Allerdings beschäftigt sich der gesetzgebende Körper der Schweiz gegenwärtig mit den materiellen Fragen, und dürfte in diesen Tagen mit starker Majorität der französische Münzfuß auch als schweizerische Nationalmünze erklärt werden; eine Maaßregel, die aber in ihrer Durchführung noch auf sehr bedeutende Schwierigkeiten stoßen wird, obwohl dieselbe durch eine Uebergangsperiode von drei Jahren eingeleitet werden soll. In Bezug auf die Eisenbahnen gewinnt die Ansicht, dieselben als Staatsunternehmen zu bauen, immer mehr Boden; nur eine altväterische Scheu vor dem „Schuldenmachen" sträubt sich in manchen Cantonen noch dagegen. „Eh quoi! il faut ouvrir un grand livre!" pflegt bei dergleichen Gelegenheiten Herr Fazy den Genfern zu sagen.

Im Budget des Bundesrathes sind 4000 Schweizerfranken ausgeworfen für Aufmunterung von Industrie, Kunst und Wissenschaft. Diese ganze Summe verlangte dieses Jahr ein Herr Wild für sich, ein talentvoller Autodidakt, der sich vom Schneider zum Ingenieur heraufgearbeitet hat und nun eine Reise nach Aegypten beabsichtigt, um durch neue Messungen an den Pyramiden (nach Wyse und Perring!) und „die Triangulation von Aethiopien" darzuthun, daß die Priester am Nil in ihren Bauten, Längenmaaßen, ja in der Lage der Hauptstädte gewisse mathematische Lehrsätze und astronomische Verhältnisse haben verkörpern wollen. Die Expedition soll im Ganzen 50,000 Franken kosten und Herr Wild hat wirklich von Privaten und Cantonsregierungen schon ungefähr 10,000 Franken zusammengebracht; der Bundesrath aber wies das Ansinnen von der Hand, wohl in der Meinung, daß bei dem Unternehmen weniger die Wissenschaft gewinnen dürfte, als die Industrie. Weniger vorsichtig betheiligt sich an diesem Unternehmen die Regierung von Bern, welche vor Jahresfrist auch 700 Franken dem Erfinder eines Dampf-Pfluges pränumerando ausbezahlte, bis jetzt aber die fragliche Maschine noch nie zu sehen bekam. Es war eine der besten Bemerkungen des Dr. Bowring, daß in der Schweiz Handel und Industrie am besten ohne Schutz gedeihen. So habe ich mich unter andern durch den Augenschein von der Vortrefflichkeit der Erfindung eines Buchhändlers (Stößner) überzeugt, welcher ganz aus eigenen Mitteln es dahin brachte, galvanotypische Platten herzustellen, welche vermittelst der gewöhnlichen Buchdruckerpresse Abdrücke liefern, welche eleganter und bedeutend wohlfeiler sind, als die der Holzschnitte. Herr S. gedenkt einige Muster davon auf die große Gewerbeausstellung nach London (1851) zu schicken.

Luzern, 14. April. Endlich ist der monströse Prozeß gegen die Alt-Großräthe entschieden worden. Die Hoffnung, die man nicht blos auf den Gerechtigkeitssinn, die man selbst auf den gesunden Menschenverstand des Gerichts setzte, hat sich nicht erfüllt; das Obergericht hat zuvörderst seine Competenz und dann ein „Schuldig" ausgesprochen. Ausgenommen von dem Urtheilsspruch sind indeß der Präsident des Großraths, weil derselbe nicht mitzustimmen hat, und diejenigen Mitglieder, welche in der Sitzung vom 6. Oktober 1847 fehlten. (D. Z.)

Niederlande.

† Rotterdam, 12. April. Gestern starb hier der frühere Director der Akademie der Künste zu Amsterdam Daiwaille im Alter von 63 Jahren; seinen hiesigen Aufenthalt in den letzten Jahren benutzte er besonders zu Pastell-Arbeiten, für die er ein seltenes Talent besaß.

§ Amsterdam, 13. April. S. M. der König haben dem hiesigen Bürgermeister die nachgesuchte Erlaubniß zu ertheilen geruht, den Rathhaussaal mit Allerhöchstdero Bildniß verzieren zu dürfen, und dabei den Wunsch zu erkennen gegeben, in Admirals-Uniform gemalt zu werden.

§ Amsterdam, 15. April. II. MM. der König und die Königin und II. KK. HH. der Prinz und die Prinzessin Friedrich nebst Tochter sind heute Vormittag um 11 Uhr mit dem gewöhnlichen Bahnzuge nach der Residenz zurückgekehrt. Wie verlautet, wird der Hof in einigen Wochen mit Sr. K. H. dem Kronprinzen von Schweden unsere Stadt wieder mit einem Besuche beehren.

§ Amsterdam, 16. April. Durch königlichen Beschluß vom 10. d. ist ein „Vertheidigungs-Comité" eingerichtet worden, welches den Kriegsminister über alle die Vertheidigung des Reichs betreffende und damit in Verbindung stehende Angelegenheiten berichten soll, um sie dann zu berathen.

Der Minister des Innern hat eine Commission zur Prüfung der eingehenden Gesuche um Concessionen zur Anlage von electromagnetischen Telegraphen ernannt, über die ihm in kürzestmöglicher Zeit Bericht erstattet werden soll.

S. K. H. der Prinz Heinrich hat gestern I. M. die Königin-Wittwe von Arnheim nach Soestdijk begleitet und ist heute wieder mit der Eisenbahn nach dem Haag zurückgekehrt.

Belgien.

Brüssel, 6. April. Ein neuer Industriezweig in unserm Lande ist die Kaninchenzucht. Aus dem Hafen von Ostende allein werden jährlich nicht weniger als 450,000 dieser Thiere nach London zur Consumtion gesandt, und diese Zahl mehrt sich Jahr für Jahr. Die Kaninchen ohne Balg verkaufen sich durchschnittlich zu 1 Fr. pr. Stück, die Felle bleiben hier im Lande.

Dänemark.

Kopenhagen, 13. April. Faedrelandet bringt einen neuen scharfen Angriff gegen die Zahrtmannsche Marineverwaltung, der sicher von einer mit der dänischen Flotte sehr vertrauten Feder herrührt, die sehr übel genommen zu haben scheint, daß der Vertheidiger Zahrtmanns in der officiösen Berlingschen Zeitung Zahrtmann als den einzigen zum Marineminister fähigen Mann im Lande bezeichnet hat.

Der Volksthing hat die Berathung des Preßgesetzes begonnen. Das Kriegssteuergesetz ist zur dritten Lesung verwiesen. Der Finanzminister kann unter Aufsicht eines Ausschusses von sechs Mitgliedern erst 2 Millionen Bankthaler Kassenanweisungen ausgeben und nur im Nothfall noch mal 2 Millionen. (H. B. H.)

Kopenhagen, 16. April. Der Kronprinz von Schweden war gestern Nachmittag hier angekommen und Abends im Theater. Der König trat während der Ouvertüre in die Königl. Loge und wurde mit enthusiastischem Jubelruf sowohl empfangen als beim Weggehen begleitet.

Schweden.

Stockholm, 10. April. Das Gesuch, welches hier aus Christiania bei der Regierung einging, um Erlaubniß zur Organisation eines National-Corps daselbst, wie um die Bestätigung der von demselben angenommenen Statute, ist von Sr. Majestät abgeschlagen worden. Man bringt diese neu zu errichtende Bürgerwehr in Verbindung mit den quasi-socialistischen Bestrebungen in Norwegen, die dort in „Arbeitervereinen" Gestalt genommen haben.

Christiania, 13. April. Prinz Gustav ist von seinem Ausfluge nach Finmarken am 4. April nach Drontheim zurückgekehrt.

Der Norwegische Verein gegen das Branntweintrinken hat vorgestern im Sitzungssaale des Storthing seine fünfte Jahressitzung gehalten. Aus dem verlesenen Berichte ersieht man, daß die Zahl der Mitglieder seit dem vorigen Jahre von 24,000 auf 25,000 Mitglieder gestiegen.

In Drontheim ist die neugebildete Seeversicherungs-Gesellschaft nach dem Frimodige jetzt in Wirksamkeit getreten.

Griechenland.

Die von dem griechischen Finanzminister Balsi eingereichte Dimission wurde vom Könige nicht angenommen. Die griechische Oppositions-Presse fährt in ihren Ausfällen auf die Regierung fort, deren Benehmen in der Vergangenheit wie in der Gegenwart sie alle Leiden beimißt, von welchen das Land heimgesucht wird.

Türkei.

In der Nacht vom 2. auf den 3. April verspürte man in Smyrna und der Umgegend fünf Erdstöße; einer derselben hielt vierzehn Secunden an und verursachte nicht geringen Schaden. Vom 3. bis zum 8. fanden noch einige andere, geringere Erderschütterungen statt. Auch auf Scio war am 3. ein heftiges Erdbeben.

Dalmatien.

Zara, Montag, den 15. April. (Telegr. C.-B.) **Die Bosnischen Insurgenten haben sämmtliche Türkische Beamte vertrieben. — Der Vezier ist entlassen und durch den Pascha der Herzegowina ersetzt.**

Wallachei.

Bukarest, 31. März. Der russische General en chef Lüders ist nach Petersburg berufen worden.

Amerika.

Mexiko, 13. Februar. Ein neuer Versuch einer Schilderhebung zu Gunsten des Generals Santa-Anna ist noch rechtzeitig entdeckt und unterdrückt worden. Allen Einwohnern der Republik, die das 18te Jahr zurückgelegt, ist eine Steuer von 1 Fr. 36 Cents für den Monat aufgelegt worden, die viel böses Blut macht. General Canales ist gestorben.

Inserate.

(Für den folgenden Theil der Zeitung ist die Redaction nicht verantwortlich.)

D. Levin, Hausvoigteiplatz No. 13., empfiehlt eine reiche Auswahl von Cattunen zu den billigsten Fabrikpreisen.

Ein Gut von 9200 M. gutem Boden mit Forsten und 830 Thlr. baaren Gefällen im deutschen Theile des Großherzogthums Posen ist mit Inventarium für 200,000 Thlr. mit 50,000 Thlr. Anzahlung zu verkaufen. Ebenso ein Gut, dicht bei Posen, mit Wassermühle, von 2000 M. schönen Wiesen, Torf und etwas Forst für 40,000 Thlr. mit 15,000 Thlr. Anzahlung. Ferner ein Holzgut, längs der Warthe gelegen, passend für einen Geschäftsmann, 10,000 M. mit 8000 M. Hochwald und 2 neuen Vorwerken für 100,000 Thlr. mit 50,000 Thlr. Anzahlung. Näheres ertheilt der General-Bevollmächtigte auf frankirte Adressen an die Vossische Zeitungs-Expedition unter U. 183.

In der Kommandanten-Straße No. 4. Bel-Etage ist Stube oder Stube mit Kabinet, gut möblirt, an einen oder zwei Herren sogleich zu vermiethen. Auch können die Herren für ein Billiges daselbst Beköstigung bekommen.

Wachstuch-Fußdecken, Fenster-Rouleaux und Vorsetzer billigst in der Fabrik von Herrmann & Lehmann, Königl. Bauschule Nr. 3.

Bei einer anständigen Familie können einige Pensionaire für ein Billiges aufgenommen werden. Näheres Kommandantenstr. 4. eine Tr. rechts.

Die Verlegung meines Geschäftes nach der
Leipziger Str. 70. 2 Tr. hoch
zeige einem hohen Adel und verehrten Publikum in und außerhalb Berlins hierdurch ergebenst an, bitte, mir auch hier dasselbe Zutrauen zu schenken wie bisher, und werde stets bemüht sein, die mich beehrenden Herren durch reelle und schöne Arbeit zufrieden zu stellen.
Berlin, den 18. April 1850.
C. Milcher, Stiefelmacher.
Leipziger Straße Nr. 70.

Mantillen und Visites
in schwer. Atlas von 6 bis 12 Thl.,
in Moiree von 6 bis 10 Thl.,
in schwerem Tafft von 3 bis 8 Thl.,
empfehlen in größter Auswahl
Gebrüder Aron, Behrenstr. 29.

Täglich fr. Holst. Austern,
täglich fr. Moc Turtle,
Maitrank, von feinem Moselwein bereitet, die Flasche 10 Sgr., Wiederverkäufern billiger.
Die Hamburger Wein- und Delikatessen-Handlung
Unter den Linden Nr. 34.
Julius Ewest.

6 viertel br. Kleiderkattune
(sämmtlich Maschinentuche)
en gros et en detail.
Rudolph Hertzog,
15. breite Straße 15.
beehrt sich hiermit ergebenst anzuzeigen, daß in diesem Artikel sämmtliche Neuheiten aus den renommirtesten Fabriken des In- und Auslandes eingegangen; namentlich ist er dem jetzt vermehrten Begehr in „breiter Waare" vollkommen zu entsprechen im Stande, deren Preise, bei einer bei Weitem reichhaltigeren Auswahl, ungleich besserem Stoffe (Maschinentuche), durchgängig vorzüglich ächten Farben, verhältnißmäßig sich nicht höher stellen wie die schmalen Kattune, und zwar die feinsten

6 viertel br. franz. Kattune (Percales) Robe 2 Thlr. 15 Sgr. und 3 Thlr., oder die Elle 6¼ Sgr. und 7½ Sgr.
6 viertel br. inländische Kattune, Robe 1 Thlr. 18 Sgr. und 2 Thlr. oder die Elle 4 Sgr. und 5 Sgr.

4 viertel br. Kleiderkattune Elle 2 Sgr., 3 Sgr., 4 Sgr. und 5 Sgr.
5 viertel br. bedr. Doppelkattune Elle 3 Sgr. und 4 Sgr.

9 achtel br. einfarbige und karirte baumwollene Toiles du Nord Robe 1 Thlr. 26 Sgr., Elle 4 Sgr.
9 achtel br. einfarbige und carirte baumwollene Novawess Elle 2½ Sgr. und 3 Sgr.

Meinen werthen Kunden so wie dem geehrten Publikum verfehle ich nicht, mein aufs Neue assortirtes grosses Lager von optischen Instrumenten in Erwähnung zu bringen. Was sich besonders auszeichnet, sind die neu construirten Jumelles à 12 verres, Jumelles mit 12 Gläsern, die wegen ihrer Klarheit und Vergrösserung und besonders wegen des grossen Gesichtsfeldes sehr zu empfehlen sind, sowie auch alle andere Sorten mit ganz vorzüglichen achromatischen Gläsern bei bedeutend heruntergesetzten Preisen. Ferner einen grossen Vorrath kleiner und grosser sehr portativer Fernröhre von ausgezeichneter Wirkung, sehr empfehlenswerth für die Herren Offiziere, grosse astronomische Fernröhre mit einer Vergrösserung bis auf 300 Mal. Alle Arten einfache und feine doppelte Lorgnetten in Gold, Schildpatt, Silber und Horn, Brillen in Gold, Silber, Schildpatt, Horn, so wie ganz feine stählerne in Gold bronzirt, sogenannte Invisible, für Herren und Damen, mit den feinsten Gläsern versehen, und enthalte ich mich aller weiteren Anpreisung, da meine Offizin bereits über 30 Jahre bekannt ist. Zugleich empfehle ich meinen Zuwachs von künstlichen Augen in allen Nüancen, und übernehme ich das Einsetzen, dass sich dieselben bewegen, wie die natürlichen Augen. Wegen meiner Fähigkeit in diesem Fache, so wie bei Auswahl der Gläser in Brillen, berufe ich mich auf unsere berühmten Augenärzte.
E. Petitpierre, Optiker Sr. Majestät des Königs,
Mechanikus und akademischer Künstler. Unter den Linden Nr. 33.

Friedrich Froebel's
Bildungs-Cursus
für Kindergärtnerinnen und Erzieherinnen.
Die erziehenden Bestrebungen desselben sind besonders seit vorigem Jahre so viel für und wider besprochen worden und ist der Gedanke unter diesen Besprechungen so frisch hervorgeblüht und hat sich das Bedürfniß der Kindergärten so steigend gezeigt, daß auch das Bedürfniß nach Kindergärtnerinnen erhöht wurde und offenkundig vorliegt. Es wird daher auch nur der einfachen Anzeige bedürfen, daß, wie seit einer Reihe von Jahren, auch in diesem mit Beginn des Monats Mai ein solcher 6monatlicher Cursus für Kindergärtnerinnen und Erzieherinnen von Friedrich Froebel in Marienthal nächst Bad Liebenstein bei Eisenach eröffnet werden wird. Die inneren Bedingungen der Aufnahme sind: ein reines Herz, kinderliebendes Gemüth, Freude an der Pflege des Kindheitlebens und Singfähigkeit, bei einer Schulbildung, wie sie wenigstens die höhere deutsche Bürgerschule giebt. Ausführliches darüber wird Froebel's Wochenschrift enthalten und wird Anfragenden das Nähere mitgetheilt werden; nur wird gebeten, Anmeldungen unter unten stehender Adresse baldmöglichst zu machen, da der augenblicklich zur Verfügung stehende Raum die Aufnahme einer nur mäßigen Anzahl von Schülerinnen gestattet. Bad Liebenstein bei Eisenach, im März 1850.
Die Froebel'sche Bildungs-Anstalt.
(Obige Wochenschrift ist in der Buchhandlung von L. Woltemas, Kurstraße Nr. 1. in Berlin, zu haben.)

Einen Lehrling mit nöthigen Schulkenntnissen placiren
Herrmann & Lehmann,
Königl. Bauschule Nr. 3.

Dauerhafte Leinwand zu Turn-Anzügen empfiehlt die Leinen- und Wäsche-Handlung von
Albert Dornblatt,
Brüder-Straße Nr. 2., nahe dem Schloßplatz.

Danksagung.

Dem unter meinem Befehl stehenden 2. Bataillon (Iserlohn) 16. Landwehr-Regiments sind vom Königlichen Kriegs-Ministerium 3875 Thaler zur Unterstützung der im vorigen Jahre beim Feldzug in Baden verwundeten und in Folge dessen invalide gewordenen Unteroffiziere und Wehrleute, so wie der Wittwen der Gebliebenen, übersandt worden. Es erhielten davon nach Bestimmung des Königl. Kriegs-Ministeriums 4 Mann zweimal jeder 150 Thlr., 2 Wittwen jede 150 Thlr., 8 Mann 100 Thlr., 10 Mann 80 Thlr., 11 Mann und 2 Wittwen einzeln 50 Thlr., 5 Mann 25 Thlr.

Diese Gelder sind durch den Eifer und die Thätigkeit der Vereine, die sich in verschiedenen Gegenden unseres Vaterlandes gebildet haben, wobei vorzugsweise der Verein Berg-Mark sich ausgezeichnet hat, zusammengekommen. Dankbar haben die Wehrleute und Wittwen diese bedeutenden Gaben empfangen. Manche Thräne ist dadurch getrocknet, mancher Kummer in Freude verwandelt, und da die Betreffenden durch die große Gnade Seiner Majestät des Königs, je nachdem sie mehr oder weniger erwerbsunfähig sind, monatliche Invalidenpensionen beziehen, und auch von den im Bezirk des Bataillons gesammelten Beiträgen namhafte Summen ihnen zu Theil wurden, so sind sie vor Noth und Entbehrung vollständig gesichert.

Sollte der König unser Herr abermals sein treues Heer aufrufen, so wird gewiß jeder freudig dem Rufe folgen, denn so gebieten es Eid, Ehre und Pflicht, die bei uns Preußen noch Geltung haben, und jeder wird des Wahlspruchs: „Mit Gott für König und Vaterland" eingedenk sein. Freudiger aber geht Soldat jetzt dem Feinde entgegen, da er weiß, daß die Seinigen, die er zurückläßt, nicht Mangel leiden, und daß, wenn er seine Gesundheit dabei opfert, auch seine Zukunft gesichert ist, durch die große Gnade Seiner Majestät des Königs, und durch die Dankbarkeit derjenigen, die zurückbleiben, und für deren Sicherheit wir kämpfen.

Im Namen der Betheiligten, sage ich hierdurch dem Königl. Kriegs-Ministerium, so wie Allen, die das Ihrige zur Unterstützung beigetragen haben, den innigsten wärmsten Dank. — Möge das Bewußtsein Gutes gestiftet zu haben sie erfreuen, und der Allmächtige sie dafür belohnen.

Iserlohn, den 12. April 1850.

von Bornstedt,
Major und Bataillons-Kommandeur.

Der letzte öffentl. Cyclus der **mnemonischen Vorlesungen** von Prof. G. Lichtenstein für Herren und Damen, beginnt am Dienstag den 23sten April, Abends 7 Uhr, im Englischen Hause. Karten zum ganzen Cyclus von 8 Lehrstunden à 1 Fr.d'or in den Buchhandlungen der Herren Schlesinger, Linden No. 34., und Schneider, Linden No. 19.

Familien-Anzeigen.

Verlobungen.

Frl. Bertha Cohn mit Hrn. Adolph Sieradzki hiers.; Frl. Emilie Bündinger mit Hrn. Ernst Manno zu Cottbus.

Geburten.

Die heute Nacht 11¾ Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner Frau, geb. **von Hackewitz,** von einem gesunden Knaben beehre ich mich ergebenst anzuzeigen.
Walendow, den 15. April 1850.
Wilhelm von Otterstedt.

Ein Sohn: dem Hrn. L. Solon hiers.; Hrn. Goldschmidt hiers.; Hrn. Wilh. Patzig hiers.; Hrn. Dr. Baethke zu Cöpnick; eine Tochter: dem Hrn. van Gelden hiers.; Hrn. Ernst Ritsche zu Rathenow.

Todesfälle.

Franz Wolle hiers.; Frau Louise Duncker hiers.; Frau Oberstlieut. v. Mauderode zu Weimar.

Königliche Schauspiele.

Freitag, den 19. April. Im Opernhause. 48ste Abonnements-Vorstellung: Martha, oder: Der Markt zu Richmond, romantisch-komische Oper in 4 Abth. Musik von F. v. Flotow. Anfang halb 7 Uhr.

Preise der Plätze: Parquet, Tribüne und zweiter Rang 20 sgr. Erster Rang und erster Balkon daselbst 1 thlr. Parterre, dritter Rang und Balkon daselbst 15 sgr. Amphitheater 7½ sgr.

Sonnabend, den 20. April. Im Schauspielhause. 70. Abonnements-Vorstellung: Othello, der Mohr von Venedig, Trauerspiel in 5 Abtheil., von Shakespeare, übersetzt von H. Voß. Anfang halb 7 Uhr.

Eingetretener Hindernisse wegen kann das Trauerspiel: Wallensteins Tod, heute nicht gegeben werden.

Sonntag, den 21. April. 49. Abonnements-Vorstellung: Die Hugenotten, Oper in 5 Abtheilungen. Musik von Meyerbeer. (Frau Viardot-Garcia: Valentine. Fräul. Trietsch: Urbain. Hr. Tichatscheck: Raoul.) Anfang 6 Uhr.

Preise der Plätze: Ein Billet zu den Logen des Prosceniums, des ersten Ranges und im ersten Balkon 2 Thlr. Ein Billet zum Parquet und zur Tribüne 1 Thlr. 15 Sgr. Ein Billet zu den Logen des zweiten Ranges 1 Thlr. 10 Sgr. Ein Billet zu den Logen des dritten Ranges, im Balkon und zum Parterre 20 Sgr. Ein Billet zum Amphitheater 10 Sgr. Ein Billet zu den Fremden-Logen 3 Thlr.

Im Schauspielhause. 71. Abonnements-Vorstellung: Was ihr wollt! Lustspiel in 5 Abth., von Shakespeare, übersetzt von Schlegel. Anfang halb 7 Uhr.

Königstädtisches Theater.

Freitag, den 19. April: Der Stumme und sein Affe. Vorher: Mitten in der Nacht.

Sonnabend den 20.: Norma.

Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater.

Sonnabend, den 20. April, zum Benefiz-Antheile für den Verfasser, zum 60. Male: Die Macht des Goldes, Zauberposse mit Gesang in 3 Abth. und 7 Tableaux, von A. Möding er. Musik von B. Röber. — Die neuen Decorationen vom Decorationsmaler Herrn Barz. — Die Maschinerien sind vom Theatermeister Herrn Benky. — Die neuen Costümes nach Zeichnungen von W. Scholz. — In Scene gesetzt vom Regisseur Hrn. Ascher. Anfang 6½ Uhr.

Sonntag, den 21. April, zum Erstenmale: Strudelköpfchen, Lustsp. in 1 Akt, nach dem Franz., von Th. Hell. — Personen: Major Goldner, Hr. Ascher. Bertha, seine Frau, Frl. Stromeyer. Rittmeister v. Schierl, Hr. Gibson. Johann, Hanne, in Diensten des Majors, Hr. Brückner, Frau Harwardt. — Hierauf, zum Erstenmale wiederholt: Wie treibt man seine Wechsel ein? Zum Schluß, zum neunten Male: Alles mit Gewalt.

Börse von Berlin, den 19. April.

Wechsel-Course.

Amsterdam	250 Fl.	kurz	142⅜ bez.
do.	250 Fl.	2 Mt.	142⅛ bez.
Hamburg	300 Mk.	kurz	151 bez.
do.	300 Mk.	2 Mt.	150⅛ bez.
London	1 Lst.	3 Mt.	6. 26⅜ bez.
Paris	300 Fr.	2 Mt.	81 B.
Wien in 20 Fl.	150 Fl.	2 Mt.	86⅜ bez.
Augsburg	150 Fl.	2 Mt.	102⅛ G.
Breslau	100 Thlr.	2 Mt.	99⅚ G.
Leipzig in Court. im 14-Thlr.F.	100 Thlr.	8 Tg.	99⅞ G.
do.	100 Thlr.	2 Mt.	99⅜ G.
Frankfurt a. M. südd. W.	100 Fl.	2 Mt.	56. 26 bez.
Petersburg	100 SR.	3 W.	108 bez.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.			Zf.	
Freiwill. Anleihe	5	105½ bez.	Ostpr. Pfandbr.	3½	93 G.
St.-Schuld-Sch.	3½	86½ bez.	Pomm. Pfandbr.	3½	95½ bez.
Seeh. Präm.-Sch.	—	102¼ G.	Kur- u. Nm. Pfbr.	3½	95½ bez.
K. u. Nm. Schuldv.	3½		Schlesische do.	3½	
Berl. Stadt-Oblig.	5	103½ B.	do. Lit. B. gar. do.	3½	
do. do.	3½		Pr. B.-Anth.-Sch.	—	93½ à ¼ bez.
Westpr. Pfandbr.	3½	89½ G.	Friedrichsd'or	—	113½ bez.
Grossh. Posen do.	4	100½ G.	And. Goldm. à 5 th.	—	112⅓ bez.
do. do. do.	3½	90½ B.	Disconto	—	

Eisenbahn-Actien.

	Zf.			Zf.	
Berg.-Märkische	4	39½ B.	Magdeb.-Wittenb.	4	56 bz. u. B.
do. Prior.	5	100½ B.	do. Prior.	5	99½ bez.
Berl.-Anh. A. B.	4	89½ bz.	Mecklenburger	4	31 G.
do. Prior.	4	95 bz.	Niederschl. Märk.	3½	83½ bez.
Berl.-Hamburger	4	76¼, 76 bz.	do. Prior.	4	95 B.
do. Prior.	4½	101 B.	do. Prior.	5	104 B.
do. 2. Em.	4½	98 B.	do. 3. Serie	5	102½ B.
Berl. Potsd. Mgdb.	4	64½ bz. B.	N. Schl. M. Zwgb.	4	29 B.
do. Prior.	4	92½ B.	do. Prior.	4½	
do. do.	5	101¼ B.	do. Prior.	5	
do. do. Lit. D.	5	99½ bz. G.	do. St. Prior.	5	
Berl.-Stettin	4	102½ B.	Oberschl. Litt. A.	3½	104½ bez.
do. Prior.	5	104½ B.	do. Litt. B.	3½	102½ bez.
Bonn-Cölner	5		do. Prior.	4	
Breslau-Freiburg	4		Prs. W. (St. Voh.)	4	30 B.
Cöln-Minden	3½	93½ bz. G.	do. Prior.	5	
do. Prior.	4½	101½ B.	do. II. Serie	5	
do. do.	5	103¼ G.	Rheinische	4	40 G.
Crac.-Oberschl.	4	68¼ a 67½ bz. G.	do. St.-Prior.	4	77 B.
do. Prior.	4	85 B.	do. Prior.	4	89 B.
Dresden-Görlitz	4		do. v. Staat gar.	3½	83½ B.
Düsseld.-Elberf.	4	78 G.	Stargard-Posen	3½	83½ a 83 bez.
do. Prior.	4	88 G.	Thüringer	4	64½ bez. u. B.
Fr.-Wilh.-Nordb.	4	40½ a 39⅞ bz.	do. Prior.	4½	98 a ½ bez. u. B.
do. Prior.	5	99½ bz.	Wilhelmsb. (Cosel-Oderberg)	4	70 G.
Kiel-Altona	4	93 B.	do. Prior.	5	99 G.
Magdeb.-Halber.	4	142 B.	Zarskoje-Selo	—	78½ B.
Magdeb.-Leipz.	4	214 B.			
do. Prior.	4	99 G.			

Ausländische Fonds.

Russ.-Engl. Anl.	5	109⅞ B.	poln. P.-O. à 500fl.	4	80⅞ B.
do. do. do.	4½	95⅞ bez.	do. do. à 300fl.	—	122 G.
do. 1. Anl. b. Hope	4		poln. Bank-C.L.A.	5	92⅞ B.
do. 2-4. A. b. Stiegl.	4	91 B. V. 90⅞ G.	do. do. L. B.	—	17⅞ G.
do. poln. Schatz-O.	4	78⅞ bez.	Lübeck. St.-Anl.	4½	98⅞ bez.
poln. Pfandbr. alte	4	95⅞ G.	Kurh. P. Sch. à 40th.	—	32⅞ B.
do. do. neue	4	95⅞ B.	N. Bad. Anl. à 35 Fl.	—	17⅞ bez.

Die gestrige gute Stimmung konnte sich heute nicht behaupten und mehrere Effecten wurden zu weichenden Coursen verkauft.

An der Börse erzählte man, dass die preuss. Abgeordneten aus Erfurt abgereisen seien.

Berliner Getreidebericht vom 19. April.

Weizen loco n. Qu.	45 — 50	pr. Mai/Juni	10⅞ B. ¾ G.
Roggen do. do.	24 — 26	pr. Sept./Okt.	10½ bz. ¼ G.
pr. Frühj. 82pf.	23½ bz. B. 23¼ G.	Lein-Oel loco	11½
pr. Mai/Juni	24 B. 23½ G.	pr. April/Mai	11½ B.
pr. Juni/Juli	24½ bz. G.	Rapps	
Hafer loco n. Qu.	16 — 18	Rübsen	
pr. Frühjahr	16 B.	Spiritus loco o. F.	14½ bz.
Gerste, große, loco	20 — 22	do. mit Faß	14
Erbsen, Kochwaare	30 — 32	pr. April/Mai	14½ B. 14 G.
Futterwaare	27 — 29	pr. Mai/Juni	14½ B. 14 G.
Rüb-Oel loco	11½ bz.	pr. Juni/Juli	14½ B. ½ G.
pr. April	11½ bz. ½ G.	pr. Juli/August	14½—½ verkauft.
pr. April/Mai	11½ B. ¹⁄₁₂ G.		

Roggen und Spiritus bei billigeren Preisen flau. — Rüb-Oel wie gestern.

Amtliche Spiritus-Preise.

Berlin, den 19. April. Die Preise von Kartoffel-Spiritus waren am 17. 14⅓ à ¼ Rt., und am 18. dieses Mts. 14⅓ Rt. frei ins Haus geliefert pr. 10,800 % Tralles.

Telegraphische Depeschen.

Paris, 17. April. 5% Rente 88,45. 3% 55,5.

Amsterdam, den 17. April. Integr. 55⁵⁄₁₆. Ardoins 11⁵⁄₁₆. — Span. 3% 29⁷⁄₁₆. Metall. 5% 76, dergl. 2½% 40⅝. Stieglitz 85½. — Integr. und Span. willig. Rüböl pr. April 43, pr. October 33¼. — Rapps pr. October 56.

Hamburg, den 18. April. Berlin-Hamburg 76. Köln-Minden 93. Magdeburg-Wittenberge 55½. Nordbahn 39½. Getreide sehr flau. Oel pr. Mai 23, pr. Oct. 21½.

Frankfurt a. M., den 18. April. Nordbahn 40¾. Metalliques 79. Metall. 4½% 69¼. Span. 29⁵⁄₁₆. Bad. 31. Kurhess. 32. — Wien 102.

Wien, den 18. April. 5% Metall. 93½. Valuten-Course unverändert.

(Tel. Corresp.-Bureau.)

Auswärtige Börsen.

Paris, den 16. April. 5% Rente, welche gestern Abend auf 87,65 gewichen war, stieg heute auf die Nachricht, daß Ferd. Foy von seiner Candidatur zurückgetreten und Leclerc vom Wahlverein als Candidat angenommen sei. Eisenbahnactien blieben offerirt und weichend. 3% Rente p. C. 54,75, p. ult. 54,85. 5% Rente p. C. 88,35, p. ult. 88,50. Bank-Actien 2080. Span. 3% 37⅞. Nordbahn 410.

London, den 15. April. Consols schließen nach mehreren Schwankungen ⅛ % höher als Sonnabend, p. C. 95⅝ a ¾, a Z. 95¾ a ⅞. Die Liquidation der fremden Fonds machte sich zum Theil steigend, doch bei beschränktem Geschäft. Integr. 55⅝. Port. —. Span. 3% 37⅞. Russen 106. Neue russ. 4½% 1½. Ardoins 18⅝. Mex. 29.

Amsterdam, den 16. April. Integr. 55⁵⁄₁₆. Arnheim —. Amsterdam-Rotterdam —. Ardoins 11½. Coupons 8¼. Span. 3% 29¼. Portug. 35¾. Russen 103¾. Stieglitz 85½. Metall. 5% 76½, do. 2½% 40½. Merik. 27½. London 12,2½ G. Hamburg 34½ G.

Die Stimmung war bei unbelebtem Geschäft etwas weniger günstig.

Hamburg, den 17. April. E.-A. 87, 86½. Freiwillige Anleihe 105 G. Russen 105 G., do. neue 4½% 91½, ¾. Stieglitz 85½ G. — Dän. 70, 69½. Ardoins 10¼ B. Span. 3% 27¾ B. u. G. — Berlin-Hamburg 74½. Magdeburg-Wittenberge 54½, 54. Köln-Minden 92¾, ½. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 39½ B. Kiel-Altona 92½, 92. Mecklenburger 30 B.

Fonds fest, Eisenbahn-Actien weniger animirt, das Geschäft unbedeutend.

Breslau, den 18. April. Polnisches Papiergeld 96½ B. Oester. Banknoten 86½ a ⅓ a ⅜ bez. Poln. 500-Fl.-Loose 80¾ B. Schatz-Obligationen 4% 78½ G. Oberschles. Lit. A. 104 G., do. B. 102½ G. Breslau-Schweidnitz-Freiburg 75¾ B. Sächsisch-Schlesische —. Niederschlesisch-Märkische 83 G. Köln-Minden 94 B. Neiße-Brieg 36 a ¼ bez. u. B. Krakau-Oberschlesische 67½ a 69 bez. u. G. Krakau. Prior. 4% 84 B. Fr.-W.-Nordbahn 39⅝ a ½ bez.

Frankfurt a. M., den 17. April. Bank-Actien 1115 B. Metall. 5% 79¼, 79. 250-Fl.-Loose 93, 92½. 500-Fl.-Loose 143½, 143. — Preuß. Staatsschuld-Scheine 87, 86½. Köln-Minden 94¼, 93¾. Span. 3% 29¾, 29½. Integr. 55⅝, 55½. Verbach 80½, 80. — Sardin. Loose 33¾, 33½. Poln. 300-Fl.-Loose 122 G., do. 500-Fl.-Loose 80¾, 80¼. Kurhess. 40-Rt.-Loose 32½, 32. Fr.-W.-Nordbahn ohne Zinsen 40¼, 40. Badische 35-Fl.-Loose 31¼, 31. Taunusbahn-Actien 286, 284.

Span. 3% und mehrere E.-A. wurden billiger als gestern abgegeben. Das Geschäft war überhaupt nicht sehr sehr belebt.

Leipzig, den 18. April. Leipzig-Dresden E.-A. 115¾ B. — Sächsisch-Baierische 86½, 86. Sächsisch-Schlesische 93½, 92¾. Chemnitz-Riesa 24 B. Löbau-Zittau 25¾ B. Magdeburg-Leipzig 214 B. — Berlin-Anhalt 89½, 82. Krakau-Oberschlesische —. Köln-Minden 94½, 93½. Fr.-W.-Nordbahn 39½ B. Altona-Kiel 93, 92½. Anhalt-Dessauer Landesbank Lit. A. 132¾, ½. Lit. B. 112¾, ½. Preuß. Bank-Antheile 93½, 93. Oester. Banknoten 86½.

Auswärtige Marktberichte.

Magdeburg, den 18. April. Weizen — a — Rt. Roggen — a — Rt. Gerste — a — Rt. Hafer — a Rt. Kartoffel-Spiritus loco 19 a ¼ Rt. pr. 14,400 % Tr.

London, den 15. April. Engl. Weizen aufs Neue 2 ß gegen die Preise vom 1. d. Mts. gewichen, obgleich die Zufuhren gering waren; fremder preishaltend aber ohne Geschäft.

Breslau, 18. April. Trotz schwacher Zufuhren bleibt Getreide nur schwer preishaltend, nur exquisite Sorten werden noch immer über Notiz bezahlt.

Heute bezahlte man weißen Weizen 32 — 51 Sgr., gelben Weizen 31 — 49 Sgr., Roggen 22 — 26 Sgr., Gerste 19 — 22 Sgr., Hafer 16 — 18 Sgr., und Kocherbsen 24 — 27 Sgr.

Oelsaaten nicht angeboten, Rapps 75 — 88 Sgr., und Rübsen 60 — 75 Sgr. G., Leinsaat zu 50 „ 62½ Sgr. gefragt.

Kleesaat sehr flau, rothe 7 — 13 Rt., weiße 4½ — 10½ Rt.

Spiritus 5⅝ Rt. G. Zufuhren schwach.

Rüböl ohne Leben, roh loco 12½ Rt. B.

Zink wenig gehandelt, a 4⅙ Rt. für loco und a 4½ Rt. ab Gleiwitz B. ohne G.

Stettin, 18. April. Wir haben heute eine sehr starke Getreidezufuhr, der größte Theil der angekommenen Schiffer hat sich noch gar nicht gemeldet. Unter den Zufuhren ist viel Weizen.

Von Weizen sind 80 Wispel weißer polnischer Weizen, mindestens 82 Pfd. zu liefern und 100 Wispel weißer schlesischer, 89 Pfd. abzuladen, zu 50 Rt. gekauft worden.

Roggen pr. Frühjahr 82 Pfd. 25 Rt. zuletzt bez. u. B., 86 Pfd. 25½ Rt. bez. u. B., pr. Juli 82 Pfd. 25½ Rt. bez., pr. September — Oct. 27 Rt. B.

Rüböl pr. April und pr. April — Mai 11⅓₂ a 11⅙ Rt. bez., 11⅟₁₂ Rt. G., pr. September — October 10⅚₁₂ a 10⅓ Rt. bez., 10⅟₁₂ Rt. B.

Spiritus aus erster Hand zur Stelle und aus zweiter Hand ohne Faß 25⅛ % bez., mit Fässern 26¼ % B., pr. Juni — Juli 25¼ % G., pr. Juli — August 34¾ % bez., pr. August gestern 24¼ % bez. und heute dazu G.

Inhalts-Anzeiger.

Amtliche Nachrichten.

Deutschland. Preußen. Berlin: Hiesige Presse. Gesandtschaft. Notizen. Stadtverordneten-Versammlung. Allerh. Kabinetsordre. — Stettin: Wahlresultate. — Breslau: Vermischte Notizen. — Erfurt: Zum Parlament. Skizzen. — Aus dem Regierungsbezirk Minden: Uhlich und Einbeck. — Trier: Prinz von Preußen. — Düsseldorf: Ein Schreiben des Prinzen Friedrich.

Wien: Stimmungen. Bank. Vermischtes. — München: Kriegs-Budget. Militair-Conventionen. — Webenheim: Verhaftung. — Heidelberg: Verhaftung. — Karlsruhe: Begnadigung. — Aus der Pfalz: Notizen. — Frankfurt: Bundescommission. Personalnachrichten. Vermischtes. — Hanau: Prozeß Auerswald-Lichnowsky. — Jag auf Anstellungen. — Dresden: Vom Hof. — Weimar: Radikale Minister-Beschlüsse. — Hannover: Kammer. — Schwerin: Bekanntmachungen. — Aus dem Holsteinschen: Geld! Geld!

Ausland. Frankreich. Paris: Die gesetzgebende Versammlung beschließt, die Pensionen der Juli- und Februarhelden nicht in das große Buch von Frankreich schreiben zu lassen. Die neuen Wahlcandidaten. Vermischtes.

Großbritannien. London: Parlament. Henriette Sonntag. Der Marquis von Clanricarde. Vermischtes.

Italien. Rom: Petarden hinter dem Palast Chigi. — Florenz: Vermählung. — Turin: Der Päpstliche Nuntius abgereist.

Schweiz. Bern: Handel und Industrie.

Niederland: Hofnachricht.

Dänemark: Faedrelandet. Volksthing.

Schweden: Notizen.

Griechenland. Athen: Presse.

Türkei: Erdbeben.

Amerika. Mexiko: Einzelnes.

Inserate. Geschäfts- und vermischte Anzeigen. Handels- und Börsen-Nachrichten.

Verantwortlicher Redacteur: Wagener.

Selbstverlag der Redaction.

Druck von C. G. Brandis in Berlin, Dessauer Straße № 5.